

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.

**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posenauer Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 7. September. Se. Majestät der König haben Allernödigst geruht: Den Herzoglich braunschweigischen General-Direktor der Eisenbahnen und Posten, von Amberg, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern, dem Rendanten der Ober-Postalize zu Erfurt, Rechnungs-Rath Krueger, den Roten Adler-Orden vierter Klasse, dem Kaiserlich österreichischen Konfül Dragonerisch zu Trapezunt den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, dem Kreisgerichtsboten und Kreitor Frantz Gottlieb Räsch zu Altenburg im Kreise Wehlau das Allgemeine Ehrenzeichen und dem Häusler Andreas Lindemann zu Dornbeck im Kreise Calbe die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Am Gymnasium zu Ratibor ist der Schulamts-Kandidat Polte als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

## Telegramme der Posener Zeitung.

London, Sonnabend 6. September Nachts. Nach Berichten aus Shanghai vom 18. Juli war diese Stadt ruhig. — In Jeddah hatte erneut ein Mordversuch auf den englischen Gesandten stattgefunden. Man vermuthet, daß dieses Attentat das Resultat einer Verschwörung der vorzüglichsten Damios gewesen sei. Der Menschenmörder hat sich entlebt.

Nach Berichten aus Neu-Seeland war daselbst die Ruhe noch nicht wieder hergestellt.

## Der Pauperismus in unserer Provinz.

### II.

Die Armut in ihrer abschreckendsten Gestalt, wie sie etwa die Faßdistrikte aufweisen, haben wir in unserer Provinz allerdings noch nicht kennen gelernt, aber es gibt doch auch hier eine Masse Elend sowohl in den kleinen Landstädten, als auf den Dörfern, das wenn weniger kraß, um so dauerhafter und unheilbarer auftritt, weil es nicht aus momentanen Ursachen, sondern aus geistiger Apathie, Vorurtheit, Arbeitscheu oder Leichtsinn hervorgeht. Während ein Theil ohne Vorstellung von einer höheren Aufgabe seine Tage als eine Last mit sich fortziehend in dumpfem Glühen dem Thiere gleich, mit dem er verkehrt, bloß für die rohsten Bedürfnisse des Magens sorgend, die Stufe nicht verläßt, auf die ihn sein Schicksal gestellt hat und sich zuletzt nur in der traurlichen Gesellschaft seiner Haustiere behaglich fühlt, hat ein anderer diesen traurigen hässlichen Kreis zwar überritten und den Reiz einer besseren Existenz in sich aufgenommen, aber ohne die Energie, sich dieselbe durch eigene Arbeit zu suchen. Jene darben, diese betteln.

Der frühere Hörige in Polen gab seine Kinder, wenn es verlangt wurde, in den Dienst der Gutsbesitzerschaft. Dort wurden sie so lange gehalten, als man ihren bedurfte. Ohne Genehmigung der Gutsherrschafft durfte kein Höriger andere Dienste suchen. Jene umgab sich daher, je billiger sie ihre Domestiken hatte, mit einer um so größeren Zahl. Die Folge war, daß die Letzteren zwar miserable Behandlung erlitten, aber wenig zu leisten hatten und sich in der Faulheit übten. Doppelt demoralisiert lehrten sie entweder in die Familie zurück oder versuchten ihr Glück außerhalb derselben. Aber zur Arbeit nicht erzogen, geistig verwahrlost, fielen sie dort in vollständige Lethargie oder suchten hier ihr kümmerliches Dasein durch Betteln zu fristen. Diese Verhältnisse wirken noch heute nach, indem die meisten und zudringlichsten Bettler aus jenen zahlreichen verdorbenen Domestiken herrühren, womit auch heute noch die polnischen Gutsbesitzer ihre Häuser anfüllen lieben.

Es wird zwar oft behauptet, der polnische Arbeiter übertreffe an Leistungsfähigkeit den deutschen. Das ist aber unwahr. Der Pole ist zwar brauchbar für leichte Arbeit und mag dabei auch dem deutschen vorzuziehen sein, aber anhaltend schwere Arbeit verträgt er nicht, und er würde namentlich dem deutschen Accordarbeiter es nicht gleich thun. Das ist auch nicht zu verwundern und erklärt sich hinzüglich aus der Verschiedenheit der Lebensweise. Unsere Gutsbesitzer können sich in dieser Beziehung selbst helfen, d.h. sich gegen Mangel an Arbeitskräften schützen, wenn sie mehr und mehr Accordarbeiten einführen und dem Arbeiter besseren Lohn geben. Höherer Lohn und bessere Lebensweise wird die Leistungsfähigkeit steigern und dem bisherigen Elend, in welchem sich gegenwärtig die arbeitende Klasse noch befindet, mehr als jedes andere Mittel ein Ende machen.

Sodann ist auch der Hang des polnischen Arbeiters zum Trinken zu beachten. In dieser Rücksicht würde es sich empfehlen, weniger Geldlohn als Deputat zu gewähren. Es hat sich immer gezeigt, daß Arbeiter, denen ihre Lebensmittel gebaut wurden und die dadurch zur Viehhaltung in Stand gesetzt waren, eher zum Sparen neigten und leichter vorwärts kamen, als andere. Für diese Art der Wohnung spricht noch mehr der bisher sehr mangelhafte Zustand unseres Sparlassenwesens. Wäre dieses in einer solchen Verfaßung, wie in einigen anderen preußischen Provinzen, dann würde die Geldlöhnnung weniger bedenklich sein. So lange die Gutsbesitzer so wenig Interesse für die Förderung des Sparlassenwesens zeigen, daß sie dasselbe ganz den Städten überlassen, können sie ihr Gefinde nicht besser zu Fleiß und Solidität anhalten, als durch Gewährung einer ausreichenden Naturallöhnnung. Um Uebrigens aber bleibt die Sparlasse eine dem Landwirth sehr wünschenswerthe Einrichtung. Sie ist das für den Landarbeiter, was die Association und die Darlehnskasse für den kleinen Handwerker ist. Der überall bemerkbare Drang in den Städten, die Berufsgenossen zu vereinigen und eine gewisse Solidarität herzustellen, müßte ein Fingerzeig für die Landgemeinden sein, auch dort etwas in dieser Richtung zu thun.

Dem Arbeiter fehlt durchschnittlich noch das Bewußtsein, daß er für sich arbeite. Er war zu lange gewöhnt, sich für seinen Herrn oder für den Geistlichen zu plagen. Männer jauer erworbene Groschen wan-

derte durch die Propination an seinen Herrn zurück oder in den Kirchenstädten. Dazu wurden zahllose Feiertage erfunden, die für die Dorfschänke ebenso einträglich waren, wie für die Kirche. Das Volk wurde an Faulheit und Schlemmerei auf diesem Wege gewöhnt. Den Festen folgen in der Regel die Fasten, die ungeboten en, welche bekanntlich die schlimmsten sind. Daher häufige Not und die daraus folgende Schlaffheit, die sich mit einer dem Polen eigenthümlichen durch alle Stände gehenden Sorglosigkeit paart. Das sind Dinge, die den kleinen Mann nicht aufkommen lassen und Heilmittel erheischen. Wenn es Mittel giebt, beden, der arbeiten kann, dahin zu bringen, daß er mit Liebe arbeitet, nicht bloß aus Not, nach einem geregelten Haushalt trachtet, Sinn dafür hat, seinen Kindern eine Erziehung zu geben, und sie nicht, wie es noch vielfach geschieht, wo die Polizei nicht intervenirt, in primitivster Rohheit aufwachsen zu lassen, und diese Mittel wiederum richtig angewandt werden, indem Freunde des Volks, die der arbeitenden Klasse nahestehen, sie kennen und ihr Vertrauen genießen, einzeln oder mit vereinten Kräften auf das Ziel hinwirken, dann wird, wenn auch nicht ein Zustand erreicht werden, daß jeder am Sonnabend sein Huhn im Topf hat, doch ein eigentliches Proletariat in unserer Provinz auf lange Zeit zu verhüten sein.

## Deutschland.

**Preußen.** [Berlin, 7. Septbr. Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König ist heute Nachmittag 4½ Uhr mit Gefolge von Doberan hierher zurückgekehrt und wird bei seiner Ankunft auf dem Hamburger Bahnhofe von dem Fürsten W. Radziwill, dem General-Feldmarschall v. Wrangel, dem Stadtcommandanten v. Alvensleben, den Ministern, dem Polizei-Präsidenten v. Bernuth re. empfangen. — Im Palais hatte der König gleich darauf eine längere Konferenz mit den Ministern v. d. Heydt und v. Moon. — Der gestrige Ministerrat dauerte von 11 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags und soll in demselben über wichtige Fragen verhandelt worden sein. Der Kronprinz war bis zum Schlusse anwesend, nahm darauf noch die heute eröffnete Kunstaustellung in dem Akademiegebäude in Augenschein und begab sich darauf um 5 Uhr nach Potsdam zurück. — Morgen früh 7½ reisen der König und der Kronprinz zur Taufe nach Karlsruhe ab. Das Nachtlager wird im Hotel de Russie zu Frankfurt a. M. genommen und am folgenden Tage, kurz nach 8 Uhr, die Reise nach Karlsruhe fortgesetzt, woselbst Mittags die Ankunft erfolgt. Spätestens am 12. d. M. will der König hier wieder zurück sein, weil Tags darauf die Tauffeierlichkeit im Neuen Palais stattfindet. — Die Königin geht schon morgen von Baden-Baden nach Karlsruhe und wird während der Dauer der Anwesenheit ihres Gemahls am großherzoglichen Hofe ebenfalls dort verweilen. Soweit bis jetzt bestimmt, lehrt die hohe Frau erst Ende September nach Schloss Babelsberg zurück, wird aber zuvor der Königin Victoria von Großbritannien in Reinhardtsbrunn einen Besuch machen. — Vor einiger Zeit war davon die Rede, daß der König das Schloß Branitz, welches dem Fürsten Bückler gehört, anzukaufen beabsichtige. Diese reizende Besitzung soll auch dem Könige bei seiner kirchlichen Anwesenheit überaus gefallen haben; doch ist von dem Ankauf jetzt keine Rede. Der Fürst Bückler hat jetzt wieder eine längere Reise angetreten und wird sich in Paris, Havre und London einige Zeit aufzuhalten. — Der Minister des Innern v. Jagow hat sich auf einige Tage zu seinen Verwandten aufs Land begeben, wird aber schon am Mittwoch wieder hierher zurückkehren.

Die Ernennung des neuen Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg wird bereits in diesen Tagen erwartet; dieselbe soll in Doberan vollzogen werden sein. Bis jetzt ist der Nachfolger des Herrn v. Flotow noch nicht mit Sicherheit bekannt. — Die heute eröffnete Kunstaustellung war sehr stark besucht. — Der hier seit einigen Jahren bestehende preußische Kunstverein, welcher seinen Mitgliedern für den jährlichen Beitrag von 12 resp. 24 Thalern ein Oelgemälde liefert, hat diese Bilder zum großen Theil jetzt auch in seinem Vereinslokal ausgestellt. Die Mitgliederzahl beträgt schon nahezu 600. In den letzten Tagen sind der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin und der Finanzminister v. d. Heydt dem Verein beigetreten. Der König interessirt sich lebhaft für denselben und wird dies nächstens dadurch betätigten, daß er ihm Mittel überweist, die zur Beschäftigung von jungen und älteren Künstlern verwendet werden sollen. — Am Dienstag früh haben wir auf dem Hofe des Zellengefängnisses zu Moabit wieder eine Hinrichtung. Der Tischlermeister Heinrich zu Trebbin, welcher im vorigen Jahre an dem ehemaligen Gerichtsschulzen Noack zum Raubmörder geworden ist, soll sein Verbrechen mit dem Tode büßen. Man glaubte früher, er werde zu lebenswieriger Zuchthausstrafe bestraft werden.

Berlin, 6. September. [Neues Programm.] In Bezug auf neulich gegebene Andeutungen können wir heute bemerken, daß im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine Darstellung der Grundsätze ausgearbeitet wurde, nach welchen die Staatsregierung ihre auswärtige Politik zu leiten gesonnen ist. Es war die Absicht, diese Ausarbeitung als Programm der Regierung zur Einleitung der Militärdebatte im Abgeordnetenhaus vorzutragen. Daß inzwischen beschlossen wäre, hiervon Umgang zu nehmen, ist uns wenigstens nicht bekannt geworden.

— Das Verbot der neuesten Rüstow'schen Broschüre „die preuß. Armee und die Junker“ findet fast auf allen Seiten Missbilligung; denn die Aufführungen Rüstows sind alle belegt mit geschichtlichen Gründen, und der Beweis, daß in unserem Offizierkorps der Adel 28 mal so stark vertreten ist, als er es bei natürlichen Verhältnissen sein sollte, der den Schwerpunkt der Broschüre bildet, ist aus der Rang- und Quartiersliste geführt.

C. S. — In Betreff des befestigten Lagers bei Mainz wovon nachträglich in der Presse die Rede war, und worüber wir schon vor länger als einem Jahre die ersten Mittheilungen gemacht haben, geht uns heute aus Frankfurt a. M. von unserem wohlunterrichteten Korre-

**Insolente**  
(1½ Sgr. für die fünfgeschwerte Zeile oder deren Raum; Reklame verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittag angenommen.

und da Kapt. Jaenichen Tags vorher bis zum Eintritt der Dunkelheit kein anderes Vollschiff geschen hatte, so vermutete er, daß es die „Amazon“ sei, indem dieselbe ihren Kours, die Hofsden ein, verfolgte. Am 14. Morgens um  $8\frac{1}{2}$  Uhr sprang der Wind plötzlich von SW. nach NW. und NW., und begann orkanartig zu wehen bei dicker regniger Luft. Kapt. Jaenichen legte sein Schiff über Steuerbord und befam die „Amazon“ nicht mehr zu sehen, was auch wegen der dicken Luft nicht möglich war, selbst wenn sie nicht, wie Kapt. Jaenichen schätzte, 10 bis 12 Meilen weiter südlich war. Er meint aber, es sei nicht anzunehmen, daß Schiff, welche sich mehr in der Nähe des Strandes befanden, bei einem solchen Orlane hätten frei halten können, und nimmt deshalb mit Bestimmtheit an, daß die „Amazon“ an den holländischen Küste gestrandet sei. Am 15. November sah er mehrere Wrackstücke und einen Mast, weiß gestrichen, sowie Stenge und Raae (letztere schwarz gestrichen) treiben.

**Befreieh.** Wien, 5. Septbr. [Ueber das Verhalten der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses in Mariesachen] bemerkte der „Botschafter“: Die Budgetkommission des Berliner Abgeordnetenhauses hat die wichtigsten Marinevorlagen der Regierung, so namentlich 600,000 Thaler für Panzerschiffe, 350,000 Thaler für Hafenbauten gestrichen. Wenn diese Streichung in der Antipathie der Kommission gegen das bestehende Ministerium ihren Grund hat, so wäre sie eine verwerfliche Maafregel, denn die Deckung der nothwendigsten Staatsbedürfnisse darf nicht von Sympathien und Antipathien abhängen. Will aber mit jener Streichung die Budgetkommission besagen, daß Preußen für sich allein nicht im Stande sei, eine Marine zu gründen, sondern, daß eine deutsche Marine, eine unter die deutsche Reichsgewalt zu stellende Marine zu gründen sei und deshalb die Forderungen für eine preußische zurückgewiesen werden müssen, so erblicken wir in jenem Strich ein Symptom der Besserung und zwar einen Beweis davon, daß die preußischen Abgeordneten endlich die Unmöglichkeit anerkennen, mit specificisch preußischen Mitteln eine Großmachtstellung einzunehmen, eine Unmöglichkeit, welche dann von selbst zu dem Schluß führt, Preußen, da es nun doch einmal unter keiner Bedingung an die Spitze von Deutschland kommen kann, müsse sich der zu gründenden Reichsgewalt unterwerfen und alle seine Sondergüste aufgeben.

[Tagesnotizen.] Wie der „Triester Zeitung“ gemeldet wird, ist der vor mehreren Monaten in Ungarn zur Haft gebrachte Garibaldische Emissär Biola, welcher Proklamationen mit sich führte, vom Militärgerichte wegen Hochverraths zu 16 Jahren Kerker verurtheilt und das Urtheil bereits bestätigt worden. — Im Laufe verflossener Woche wurden mehrere starke Sendungen von aufrührerischen Druckschriften, in denen die Venezianer zum Aufstand aufgefordert wurden, so wie Waffen- und Munitions-Transporte, welche über die österreichische Grenze geschmuggelt werden sollten, von den kaiserlichen Behörden aufgegriffen und konfisziert. — Die „Sch. Kor.“ meldet, daß der ungarische Emigrant Alexander Szontagh, welcher als Bevollmächtigter eines Brüsseler Bankhauses in Peith angelkommen war, am 2. September dagegen verhaftet wurde. — Gegen das in Prag erscheinende Tschechische Journal „Hlas“ ist eine Klage auf Hochverrath anhängig gemacht worden.

Lemberg, 2. Septbr. [Konfiskationen.] Die erste und zweite Ausgabe des „Dziennik polski“ Nr. 201 wurde in Folge Auftrages der Staatsanwaltschaft durch die Polizeibehörde konfisziert. Ebenso wurde am 30. August das in Lemberg erscheinende politisch-satirische Journal „Kuznia“ (die Schmiede) und gestern die dasselbe erscheinende „Gazeta Narodowa“ in Folge Auftrages der k. k. Staatsanwaltschaft von der Polizeibehörde mit Beschlag belegt. Anlaß zu der wiederholten Konfiskation des „Dziennik polski“ war ein Artikel dieses Journals, worin es den Aufruf des Großfürsten Konstantin an die Polen beantwortet, und die Verurtheilung der drei Warschauer Attentäter einer Kritik unterzieht.

### Aus der Chronik der Stadt Schmiegel.

Die Chronik enthält über die Gründung der Stadt S. keine näheren Mittheilungen. Alterthumsforscher behaupten aber, daß in der Gegend von Schmiegel früher große heidnische Niederlassungen gewesen sein müssen, weil man hier viele Aschenkrüge und andere Gegenstände, deren Ursprung in die graue Vorzeit zurückführt, vorgefunden hat. Unter den Städten des ehemaligen Grosspolens mag S. eine der größten gewesen sein. Ansehnliche Tuchfabriken, sowie ein weit ausgedehnter Handel mit den Produkten dieses Industriezweiges sicherten der Stadt einen in früheren Zeiten geruhmten Wohlstand. — Im 14. Jahrhundert gehörte Schmiegel einem Herrn Vincent von Kepa, (herbu Lodzia), sagt die Urkunde. Diesem schenkte der Polenkönig Wladislaus der Jagiellone (1386—1434) die Herrschaft Bnin; von nun an nannte sich Vincent von Kepa Herr von Schmiegel und Bnin, Bniński. Ein späterer Besitzer von Schmiegel war aus der Familie der Bniński's 1470 Andreas von Bnin, Bischof von Posen. Ihm verdankt die hiesige katholische Pfarrkirche ihre Gründung und äußerliche Ausstattung. Einer der Bniński's theilte seine Güter Bnin, Radzina und Schmiegel. Nun entstanden die Familien Szmigelski von Schmiegel, Radziewski von Radzew und Bniński von Bnin. Im 16. Säculum hatten die Socianer hier ihren Sitz und ihre Schulen. In damaliger Zeit war Schmiegel in Grosspolen eine eben so wichtige Stadt als Raków in Kleinpolen. Als ein späterer Besitzer von Schmiegel wird Didec Horchowich genannt. Der selbe war ein ungarischer katholischer Bischof, wurde Socianer, verheirathete sich mit einer gewissen Strasz und stiftete in S. eine socianische Gemeinde und Schule.

Nach dem Tode des Didec Horchowich (1589) ging ein Theil der Herrschaft Schmiegel an Brzeznicki, ein anderer Theil an den Elias Arciszewski über. Zwischen beiden Besitzern herrschte ununterbrochen Zank und Streit, der für beide einen unglücklichen Ausgang nahm.

Brzeznicki wurde von dem Elias Arciszewski auf öffentlicher Landstrafe in der Nähe von Bnin, bei Kosten, ermordet. Letzterer wurde wegen dieses Verbrechens bei Verlust seiner Güter aus dem Lande vertrieben. Elias Arciszewski war der Vater des berühmten Christoph Arciszewski, an den sich ein Stück Weltgeschichte knüpft. Der Letztere diente im polnischen Heer zur Zeit der Regierung des fanatischen Sigismund III. (1586—1632). Obgleich er sich durch Tapferkeit und militärische Talente ausgezeichnet, in den Schlachten bei Klujyn und Chocim dem Vaterlande große Vortheile erkämpfen half, wurde er vom Könige doch auf alle Weise zurückgestellt und verlegt, weil er Dissident war. Diese religiöse Verfolgungswuth des ungeschickten Sigismund zwang endlich Arciszewski die polnischen Dienste zu verlassen und nach Holland zu gehen. Hier schiffte er sich nach Brasilien ein und zeichnete sich bei Eroberung dieses Landes auf eine solche Weise aus, daß er von Stufe zu

**Hannover.** 4. September. [Die Katechismusfrage.] Pastor Baurschmidt erläßt an die Freunde des alten Katechismus unter den Geistlichen unseres Landes eine Einladung zu einer gemeinschaftlichen Besprechung der schwierigen kirchlichen Frage in Celle am 7. Oktober d. J. Der Magistrat von Stade hat auf Ansuchen der Bürgerschaft die Einführung des neuen Katechismus in den ihm untergegebenen Schulen feststellt.

**Hannover.** 5. September. [Architektenstag.] Die Liste der Theilnehmer an dem deutschen Architektenstag, jetzt wohl über 600, läßt, wiewohl der Norden Deutschlands überwiegt, doch keinen Theil des Baterlandes unvertreten; auch namhafte Meister ihrer Kunst vermessen wir unter den Gästen nicht. Der König ließ die Versammlung durch seinen Landdrosten begrüßen, die Hauptstadt durch ihren Bürgermeister.

**Hessen.** Kassel, 5. Sept. [Zu den Wahlen.] Ein durch das Gesetzblatt veröffentlichtes Ministerialauschreiben vom heutigen Tage überträgt die nach der Geschäftsordnung der Ständeversammlung vom 20. Juli 1848 dem bleibenden Ständeausschusses zugewiesenen Wahlprüfungen der Landtagskommission, in Vereinigung mit drei bis fünf von dieser zu bestimmenden Abgeordneten.

**Mainz.** 3. Sept. [Wahlen.] Am gestrigen ersten Wahltag haben bis gegen 5 Uhr Nachmittags über 900 Urvähler abgestimmt. Nach einem Bericht der „Mainzer Z.“ wäre die Fortschrittspartei weit-aus in der Majorität. Vor dem Auskunftsgebäude der Fortschrittspartei wehte eine deutsche Fahne. Die großdeutsch-ultramontane Partei pflanzte darauf ebenfalls eine solche Fahne auf.

**Sächs. Herzogth.** Weimar, 6. Sept. [Der Handwerkerktag] hat in seiner heutigen Sitzung Hamburg zum Vorort für den Handwerkerbund bestimmt. Es wurden folgende Resolutionen angenommen: Zweck des Handwerkerbundes ist, ein deutsches Handwerkerrecht zu erwirken. Die Gewerbefreiheit ohne Prüfungen der Arbeiterklassen, sei nachtheilig; es seien die Regierungen zu bitten, die Einführung der Gewerbefreiheit auf ein Jahr zu verschieben; inzwischen werde der Handwerkerbund den Beweis der Gemeinschädlichkeit liefern. Der volkswirtschaftliche Kongress sei unbefugt, den Handwerkerstand zu vertreten.

**Gotha.** 5. Sept. [Hohe Gäste.] Gestern traf mit dem Schnellzug von Berlin aus Prinz Alfred hier ein und ist sofort nach Reinhardtsbrunn weiter gereist. — Die Königin Victoria ist heute Vormittag mit ihren Kindern in Reinhardtsbrunn angelangt. Ihre Majestät ist in Wechtersstädt von unserm Herzog empfangen worden. (Goth. 3.)

### Großbritannien und Irland.

**London.** 5. Sept. [Zur italienischen Frage.] „Morning Post“ schreibt, Kaiser Napoleon habe erkannt, daß eine Auseinandersetzung zwischen dem Papste und dem Könige Victor Emanuel unmöglich sei. Die neuere Energie des Letztern habe in Rom keinen Eindruck gemacht. Napoleon betrachte nur die Zeit als günstiger und von den Mitteln als das politischere, Rom zu halten.

[Ein konföderirter Kriegsdampfer.] Ullängst ist aus der Mersey ein konföderirter Kriegsdampfer, Namens „Alabama“, ausgelaufen. Er ist in Liverpool entweder ganz oder theilweise ausgerüstet und ekipiert worden (?) Der „Alabama“ kann Kohlen für 21 Tage einnehmen; er soll der „Tuscarora“ vollkommen gewachsen und in Schnelligkeit überlegen sein. Beim Auslaufen machte er unter ungünstigen Umständen beinahe 13 Knoten in der Stunde. Er hat Maschinen von 300 Pferdekraft, beinahe 1000 Tons Gehalt, ist mit einer 100pfündigen gezogenen Blakely-Kanone vorn, einer 68pfündigen glattläufigen Kanone hinten und mit vier 32-Pfündern bewaffnet. Seine Besatzung besteht aus 110 Kermatrosen. Wahrscheinlich wird man vom „Alabama“ in den Gewässern von Nassau und Charleston hören, wo er den mit Kriegsmunition für die konföderirte Regierung befrachteten Schiffen als Bahnbrecher dienen wird. Was man über die Tüchtigkeit des „Alabama“ gehört hat, veranlaßte die Schiffssicherungs-Gesellschaft sogleich die Kriegsprämie zu erhöhen.

— [Ueber ein schreckliches Eisenbahnunglück,] welches sich am Donnerstag voriger Woche, wie schon erwähnt, auf der Station von Market Harborough ereignete, sind jetzt folgende Details bekannt. Es waren zwei Extrazüge zum Besuch der Ausstellung eingerichtet worden, welche von Burton nach London und von Leicester und zurückgehen sollten. Die Rückfahrt für den Zug von Leicester war auf  $7\frac{1}{2}$  Uhr Nachmittags angemeldet; der Zug nach Burton sollte zu derselben Stunde abgehen. Beide standen einander zur Seite, an ihren respektiven Perrons auf der King's-Cross-Station, und die Passagiere wurden neugierig, welcher zuerst abgehen würde. Es trat jedoch eine Verzögerung ein, und als endlich der Burton-Zug sich in Bewegung setzte, schlug es bereits  $7\frac{3}{4}$  Uhr. Nur fünf Minuten später wird der Zug für Leicester, wohlgerichtet auf denselben Schienen und mit denselben Bestimmungen hinsichtlich der Zeit der Ankunft und des Abgangs zu Bedford und Market Harborough in Bewegung gesetzt. Auf der Fahrt nach Bedford verhinderte der Führer des Leicester-, d. h. des nachfolgenden Zuges, die Schnelligkeit wiederholt, um dem vorangehenden für die Haltepunkte Zeit zu gestatten, aber es wurde erst zu Bedford angehalten, wo der Burton-Zug die Station gerade in dem Augenblick verließ, wo der für Leicester in Sicht kam. Nachdem Wasser eingenommen war, begann die Todesjagd aufs Neue. Endlich kam die so oft hinausgeschobene Katastrophe. Vier Minuten vor der Station von Market Harborough vernahmen die bereits beängstigten Passagiere des Leicesters zugestiegenen Lokomotive ein langes Warnungssignal geben, dem schnell hintereinander eine Reihe jener kurzen, scharfen und konvulsiven Geheultöne der Dampfpfeife folgten, welche unmittelbar drohende Gefahr anzeigen. Während dieser schrecklichen Musik kam das Todesdrama zu seinem Finale. Der Leicesterszug, beladen mit dem Gewicht von 1000 Passagieren, stürzte und stieß auf die hinterste Wagen des Burton-Extrazuges, welcher so eben Market Harborough erreicht und angehalten hatte. Der Zusammenstoß fand Nachts um  $11\frac{1}{4}$  Uhr statt, und verrieth die angerichtete Zerstörung sofort durch Geschrei und Winseln, welches aus den zertrümmerten Wagen hervordrang. Drei verstümmelte Körper lagen bewegungslos und still in dem Gewirr von Holz und Eisen, während ein Haufen von 400 verwundeten und verletzten Menschen die Luft mit Wehgeschrei und Klagen erfüllten. Männer mit gebrochenen Gliedmaßen auf improvisierten Bahnen fortgetragen, Weiber mit Beulen und Quetschungen bedeckt, ohnmächtig oder schreiend, und ein Bahnhof, angefüllt mit blassen und zitternden Passagieren, welche der Gefahr entschlüpft waren, — das war das Schauspiel, welches der Bahnhof von Market Harborough Donnerstag Mitternacht darbot. Aus dem Bericht über die zu Harborough abgehaltene Todtenlauf ergibt sich, daß nur ein Mann auf der Stelle tot blieb. Derselbe war, indem der untere Theil des Körpers förmlich wie in Stücke zerhakt aussah, so verstümmelt, daß ihn sein eigener Bruder nicht zu identifizieren vermochte. Ein Conducteur des Burton-Zuges versuchte, als er das Pfeifen des herankommenden Zuges hörte, den feurigen abzulassen, aber die Verbindungsketten brachen und so blieb der größere Theil der Wagen zurück. Er schrie zwar den Passagieren zu, herauszuspringen; aber er hatte gerade noch so viel Zeit, den letzten Wagen los zu machen, als der Zusammenstoß erfolgte. Ein armer Mann hatte die Last eines Lokomotivrades über eine halbe Stunde auf seinem zerhakten Arm zu tragen, ohne seinen Schmerz durch ein anderes Zeichen einzugeben, als daß er dann und wann seine Beine konvulsivisch zusammenzog und ausstreckte. Während der Passagier, über dessen Leiche Todtenlauf gehalten wurde, auf der Stelle ums Leben kam, fiel sein nächster Nachbar bei dem Gefrach durch den Boden des Wagens, troch unter die Lokomotive und entfam ohne Beschädigung, und noch ein Anderer, welcher zum Fenster hinausblickte, um zu sehen, was es gäbe, wurde weit über die Bahn hinweggeschleudert und blieb bis auf einige leichte Schrammen unverletzt.

— [Schiffbrüchel.] Nach einem Ausweis des britischen Handelsamts haben im Jahre 1861 mehr Fahrzeuge an den britischen Küsten

Die vielen Windmühlen, die stark besuchten Märkte und ein lebhafter Verkehr — gefördert durch Chausseeverbindungen nach vier Richtungen — finden neue erhebliche Erwerbsquellen für die Stadt, deren strebame Einwohner, beginnend durch die vortheilhaft mitwirkenden Verkehrshäfen, auf dem Gebiete der Industrie ein thätiges Leben entwickeln und dadurch ihren Wohlstand sichtlich fördern.

Einen besonderen Ruf hat Schmiegel durch seinen Schnupftabak sich erworben. Die Fabrikation dieses luxuriösen Produktes hatte vor nicht länger als einem Decennium der hiesige Kaufmann Reich, der durch Gebrauch eines Geheimmittels den berühmten „Schmieger Schnupftabak“ bereitete und dadurch sehr reich geworden, in seinen Händen. Gegenwärtig wetteifern mehrere Kaufleute im Aufertigen des Schnupftabaks und jeder von ihnen will der Besitzer des Reichschen Geheimmittels sein und reich werden, obgleich man behauptet, R. habe es mit ins Grab genommen. Von weit und breit beziehen Feinschmecker ihren Bedarf für die Nase von hier, unbeachtet der Quelle, aus welcher der Tabak kommt, wenn es nur „Schmieger“ ist.

Jetzt ist die Frau Herzogin Acerenza Pignatelli Besitzerin der Stadt. Die musterhaft bewirthschafteten Güter sind zur Zeit an den Landes-Dekonomierath Herrn Lehmann verpachtet.

Schmiegel zählt gegenwärtig gegen 3000 Einwohner. Im Jahre 1811 gab es hier 352 Häuser mit 2185 Einwohnern. Fünfundzwanzig Jahre später war die Zahl der letzteren schon auf 2654 gestiegen. Außer der schon erwähnten kathol. Kirche gibt es hier noch eine evangelische, in neuerer Zeit erbaute Kirche, und eine Synagoge. Jede Konfession hat auch ihre Schule.

### Briefe aus Böhmen.

#### XVIII.

k Prag, den 27. August.

Meine Briefe kommen Ihnen sparsam zu; das liegt vorzugsweise an meinem Befinden. Ich bin nun gestern Nachmittag von Teplitz abgereist, muß aber, bevor ich über meine Beobachtungen während der Reise und hier in der Landeshauptstadt berichte, noch etwas von dort, ja sogar von Karlsbad nachholen. In beiden Badeorten wurden Vorbereitungen zu großen Festlichkeiten getroffen. In Karlsbad werden im künftigen Monat die deutschen Naturforscher ihre diesjährige Wanderversammlung abhalten. Die Stadt baut ihnen am Ende der alten Wiese eine Versammlungs- und Festhalle von Fachwerk, welche vor vier Wochen schon dem Richter nahe war.

In Teplitz dagegen will man morgen und die folgenden Tage die angeblich vor 110 Jahren stattgefundenen Auffindung der Heilquelle bejubeln. Das ist zwar ein Unternehmen, ungefähr der Jubelfeier der Er-

Schmiegel wurde viermal durch bedeutende Brände heimgesucht, 1616, 1627 und 1634. Der letzte große Brand im Jahre 1813 gab der Stadt mehr oder weniger die gegenwärtige Gestalt und ihr freundliches Aussehen, wozu auch die romantische Lage der Stadt viel beiträgt.

Schiffbruch gesitten, als in irgend einem der vorhergegangenen neun Jahre. So furchtbar wüteten die Stürme im Januar, Februar und November des genannten Jahres. Die Zahl der Schiffbrüche betrug 1171.

### Frankreich.

Paris, 5. September. [Tagesbericht.] Laut „Moniteur“ sind Ihre Majestäten mit dem kaiserlichen Prinzen gestern Morgen in Bordeaux eingetroffen und nach Bayonne weitergereist. — Kontre-admiral Faures hat gestern mit seinem Stabe Paris verlassen, um sich über Suez nach China zu begeben und daselbst den Oberbefehl über die französischen Streitkräfte zu übernehmen. Er wird gemeinschaftlich mit dem englischen Admiral die Belagerung von Nanking leiten. — Um die Stadt Mouiers gegen die Überschwemmungen der Seine zu schützen, sollen Arbeiten ausgeführt werden, deren Kosten laut kaiserliches Decret der Staat zu zwei Dritttheilen trägt. — Der mit Pauken- und Trompetenschall angekündigte Artikel des Herrn v. Laguerouière in „La France“ ist heute Abend erschienen. Er enthält die bis zum Überdruss schon dagewesenen Gemeinplätze gegen die italienischen Bestrebungen, Rom zur Hauptstadt eines einzigen Staates zu machen. Die Hauptfrage, welches das Interesse Frankreichs in der Frage ist, und welche Lösung Herr v. Laguerouière endlich ausfindig gemacht hat, soll in zwei später folgenden Artikeln mitgetheilt werden! — Generalmajor Pallavicini ist nun auch zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt worden. — Man geht mit dem Plane um, eine durchgreifende Reform der Schulbücher in den öffentlichen Unterrichtsanstalten durchzuführen. Sie sollen eine wesentlich bonapartistische Färbung erhalten. Eine Reform an und für sich ist seit langen Jahren ein dringendes Bedürfnis, doch dürfte das jetzt beachtigte Projekt nichts weniger als eine Verbesserung sein. — Bedeutende Verstärkungen gehen auch von Toulon nach Rom. Außer dem 17. Linien-Regiment, das heute Toulon verlässt, begibt sich zugleich ein Jäger-Regiment zu Pferde nach dem Kirchenstaate. Die „Seine“ und der „Labrador“ bringen diese Truppen, 2500 Mann und 420 Pferde, nach ihrem Bestimmungsorte. Außerdem bringen die Fregatten „Descartes“ und „Christoph Columbus“ Truppen nach Rom. Der „Labrador“ begibt sich von Civita-Bechia nach dem Golf von Neapel, um der französischen Flotte Lebensmittel zu überbringen. Dieselbe bleibt nämlich in Anbetracht der ernsten Lage der Dinge im Königreiche beider Sicilien noch in den neapolitanischen Gewässern.

[Erneuerung; die Okkupation Rom's.] Der „Moniteur“ zeigt an, daß Treilhard, Rath am kaiserlichen Gerichtshofe, zum Direktor der „Presse“ an Stelle des Herrn Imhuis ernannt worden ist. — Der „Esprit public“ glaubt mittheilen zu können, daß dem am Dienstag abgehaltenen Ministerrath eine Anzahl von Mitgliedern des geheimen Rates, und namentlich Kardinal Morlot, beigewohnt habe. Thouvenel hatte eine Note vorbereitet, welche für den Fall, daß die Regierung das sofortige Aufhören der Okkupation beschließen würde, nach Rom geschickt werden sollte. Diese Note wurde zwar nicht absolut verworfen, doch wurde deren Absendung im Augenblick nicht für ratsam erachtet.

Paris, 6. September. [Unruhen in Italien.] Nach dem Journal „La Presse“ hätten in mehreren Städten auf Sicilien Unruhen, und hätte in Spezzia der Beginn einer Emeute stattgefunden. Zwei Kriegsschiffe, die vor dem Fort Varignano Stellung nahmen, hätten den Zusammenrottungen ein Ende gemacht. — Hier eingetroffene Nachrichten aus Messina, vom 4. d. M. melden, daß zwischen den königlichen Truppen und mehreren Kolonnen Garibaldianer Kämpfe stattgefunden haben. Die Banden wurden überall zersprengt und ihre Anführer gefangen.

### Italien.

Turin, 4. Septbr. [Die Lage des Ministeriums] wird täglich bedenklicher. Bereits heißt es, die Mitglieder des Kabinetts würden in Masse ihre Entlassung einreichen, wenn die gegenwärtige Un-

würigkeit sich noch einen Monat verlängern sollte. Und an eine Aenderung der Sachlage ist nicht zu denken. Denn während Rattazzi in die äußerste Enge getrieben wird, erhält Herr v. Massignac, der zeitweilige Stellvertreter Benedetti's, von Thouvenel die Anweisung, er möge der hiesigen Regierung die tröstliche Mittheilung machen, „daß der Kaiser in diesem Augenblick es nicht für angemessen halte, sich mit der römischen Frage zu beschäftigen“.

[Tagesnotizen.] Es ist noch nicht gelungen, die Kugel aus dem Fuß Garibaldi's zu entfernen. Man fürchtet, daß bei seinem Sohn Menotti eine Amputation des Beins nötig sein werde. — Mancini, Crispì und Ferrari haben sich Garibaldi als Vertheidiger angeboten. — Der „Diritto“ veröffentlicht einen Protest Crispì's gegen die ihm angeblich drohende Verhaftung. — Die „Costituzione“ vom 2. dementirt die Nachricht von der Verhaftung der Miss White und ihres Mannes Alberto Mario in Mailand. Dieselben hätten sich bei Zeiten nach Lugano geflüchtet. — Der Minister des Innern hat, wie die „Nationalités“ melden, gerade den jetzigen Zeitpunkt für geeignet gehalten, den von den Tausend von Marsala noch Überlebenden, welche ungefähr 500 an der Zahl sein sollen, eine jährliche Pension von je 480 Fr. auszuzeihen. — Der „Patria“ zufolge hat General Cialdini eine Proklamation erlassen, in welcher er den bei Aspromonte und in Sizilien zersprengten Mannschaften eine kurze Frist gestattet, binnen welcher sie sich vor den Behörden zu gestellen haben. — Die „France“ meldet, daß von Turin aus ein Rundschreiben an alle Präfekten ergangen ist, um sie zum Bericht über die Lage und Stimmung ihrer Provinzen in Folge der letzten Ereignisse aufzufordern. Es wird von diesen Berichten abhängen, ob und wann der Belagerungszustand aufgehoben werden soll. — Außerdem, daß Oberst Pallavicini zum Generalmajor befördert worden ist, wurde auch ein Lieutenant zum Hauptmann und ein Unteroffizier zum Unterlieutenant gemacht. Fünf Soldaten erhielten die Militärmedaille. — Zwei Garibaldi'sche Schiffe, „Venetia“ und „Ancona“, wurden im Busen von Otranto von einer italienischen Fregatte genommen. Sie hatten in Corfu Wasser einzunehmen wollen, allein sie wurden wegen ihres verdächtigen Aussehens von den englischen Behörden nicht in den Hafen eingelassen. Sie kamen, da sie den Ausgang des Gefechtes von Aspromonte noch nicht kannten, von der italienischen Küste zurück und wurden da aufgegriffen. — General Tiir ist nach Genua gegangen, um die für den 1. Oktober auseinandergehende ungarische Legion zu inspizieren. Ein Theil der Ungarn dieses Corps wird in eine neu zu bildende Fremdenlegion eintreten, welche in ähnlicher Weise, wie die französische Fremdenlegion, der regulären italienischen Armee einverlebt werden soll. — In Messina wurde der alte General Morandi, Kommandant der dortigen Militärdivision, in Disponibilität gesetzt, weil er an einen Haufen von Tumultanten eine Aurore gehalten, anstatt dieselben mit Waffengewalt zu zerstreuen. Sein Ersatzmann ist General Pinelli, der bekannte Briganti-Erschießer. — Aus Neapel wird gemeldet, daß der bourbonistische Bandenführer Tristano keineswegs tot sei. Aus dem Gefängnisse Castel Castano zu Neapel waren 30 Gefangene entsprungen, wurden jedoch sämtlich wieder ergripen.

[Das Gefecht bei Aspromonte.] Der „France“ wird aus Turin über den Kampf von Aspromonte geschrieben: „Oberst Pallavicini hat Garibaldi instinktmäßig (?) überragt. Bei Annäherung der königlichen Kolonnen hatte der General rasch die Position von Aspromonte geräumt und seine Verfolger in einer anderen Richtung mit fortgezogen; sodann war er plötzlich auf geschickte Weise verschwunden und nach seiner sichtbaren Position zurückgekehrt. Oberst Pallavicini errichtete die Kriegslist und machte gleichfalls rechtsrum kehrt; er rückte trotz der Müdigkeit seiner Soldaten in Eilmärschen und ohne Halt zu machen vor Aspromonte, wo er Garibaldi wiederaufgefunden. Dieser, durch seine Plänkler benachrichtigt, schien abermals den Platz räumen zu wollen; da stellte sich ein als Parlamentär abgesandter Soldat bei ihm ein, und bald darauf ein Adjutant des Obersten Pallavicini. Über die Unterhandlungen,

die nun stattfanden, ist man noch schlecht unterrichtet. Thatsache ist aber, daß es gleich darauf zum Kampfe kam und daß die Freiwilligen zuerst auf die Versaglier feuerten, die in drei Kolonnen herausstiegen. Das Uebrige ist bekannt. Eine der Wunden Garibaldi's soll von einem Bayonettstich herrühren, denn es war nur ein Handgemenge mit bloßer Waffe.“

Turin, 5. Septbr. [Garibaldi.] Die amtliche Staatszeitung veröffentlicht ein Bulletin über den Gesundheitszustand Garibaldi's. Die Wunde ist eine „die Knochenfügungen durchdringende und ein Gelenkbruch des rechten Schienbeins“. Die Entzündung zeigt zur Zeit keine beruhigenden Symptome.

### Spanien.

Madrid, 5. Sept. [Beziehungen zu Frankreich; Amnestie.] Die amtliche Zeitung erklärt, in Folge einer Audienz, in welcher der Marquis von der Havannah dem Kaiser Napoleon Erklärungen gegeben, sei alle Spannung zwischen Frankreich und Spanien befeitigt. — Die Königin hat endlich die Verurtheilten aus dem Aufstande von Vojta, auch die landflüchtigen begnadigt.

### Rußland und Polen.

Aus Polen, 4. September. [Ruhe im Lande.] Wenn ein unparteiischer Beobachter die gegenwärtigen Zustände in dem Königreich Polen unabhängig von dem Treiben der Hauptstadt betrachtet, so muß er zu dem Schlusse gelangen, daß das Land frei von politischen Regungen und in vollkommener Ruhe sich befindet. Denn wo er sich auf dem flachen Lande und in den meisten kleineren Städten auch immer hinwenden mag, so begegnet er überall einer Einiformigkeit im äußeren Leben, die fast ermüdet, und, wenn man nicht etwa die durchweg in der Bekleidung der Damenvelt vorherrschenden dunklen Farben als eine demonstrative Regung gelten lassen will, als ein Zeichen des krassesten Indifferenzismus oder einer gänzlichen Apathie für politisches Leben angesehen werden kann. Die Partei, welche in der Hauptstadt ihr Wesen treibt und dort in bald lächerlichen, bald wieder in ernsten Demonstrationen die Geduld der Regierung auf die Probe stellt, und sich, da ihr Einfluß durchaus nicht in den eigentlichen Kern der Bevölkerung reicht, nicht weit ausbreiten kann, vielmehr sich auf die Hauptstadt beschränkt, sollte doch nun bald zu der Überzeugung gelangt sein, daß Warschau nicht Polen ist, daß sie in dieser Hinsicht ganz isolirt vom Lande stehe und daß sie, wenn es ihr auch gelingen sollte, in Warschau abermals einen ernstern und offenen Konflikt mit der Regierung herbeizuführen, auf keinen Beistand von Außen zu rechnen hat. Lassen wir es auch allenfalls gelten, daß ein Theil des Clerus durch seine anderswohin gerichteten Streubungen der Regierung und den ächten Patrioten feindlich gegenüberstehe und so jener Partei theilweise in die Hände arbeite, so ist dies doch noch nicht hinreichend, um so weniger, als der Kern des Adels so wie die Judenschaft und die Deutschen zur Regierung stehen, und auf die Bauern von jener Seite gar nicht zu rechnen ist. Den ausländischen französischen und auch einigen deutschen Blättern, welche fortwährend auszupozammen bemüht sind, Polen stehe in Feuer und Flamme und die Revolution sei der Regierung so über den Kopf gewachsen, daß sie zu allen Forderungen der Polen sich bereit finden müsse, könnten wir gegenüber behaupten, daß solche Schreiereien völlig unbegründet sind. Die Regierung ist in Polen sich vielleicht nie ihrer Kraft so bewußt gewesen, wie gegenwärtig und wenn auch in Warschau eine gewisse Partei noch ihre letzten Kräfte versucht, um durch Meuchelmord, Brandstiftungen und anderen dergleichen sauberer Mittel Verwirrungen hervorzurufen, so ist diese Partei auf das Land doch ohne Einfluß und Gewicht. Die Maasregeln, welche die Regierung in letzterer Zeit gegen die verwegsten politischen Verbrecher genommen, und die von dem Bessergefundenen im Lande und auch im Auslande nur gebilligt werden können, zeigen genugsam, daß selbe ihre Rechte zu wahren und die unter dem Treiben der Schlechtparteien unschuldig Leidenden zu schützen entschlossen sei.

In einem Dorfe des Koniner Kreises wurde vor einigen Tagen ein

### Julius Hammer †.

Die „Europa“ widmet diesem sinnigen und beliebten Dichter folgenden Nekrolog:

Schmerzlich überraschen wird gewiß alle unsere Leser die traurige Nachricht von dem am 23. August in Pillnitz bei Dresden ganz plötzlich und unerwartet erfolgten Tode des Dichters jener albeliebten und weitverbreiteten Spruchsammlung: „Schau um Dich und schau in Dich“, welche binnen elf Jahren elf Auslagen erlebte. Julius Hammer war 1810 als Sohn eines königl. Beamten in Dresden geboren, besuchte die dortige Kreuzschule und kam zu Ostern 1831 nach Leipzig, um Jurisprudenz zu studiren. So wünschte sein Vater, er selber aber fühlte sich vielmehr zu philologischen, historischen und ästhetischen Arbeiten hingezogen, und ging mit dem Plane um, sich einst als akademischer Lehrer zu habilitieren. 1834 nach Dresden zurückgekehrt, schrieb er dort zu Aristoteles' Buch über die Dichtkunst einen Kommentar, der aber ungedruckt blieb. Ein kleines Lustspiel: „Das seltsame Frühstück“ erwarb ihm die Gunst L. Tiecks und Th. Hells, deren Umgang ihn in der Absicht, Schriftsteller zu werden, bestärkte und befestigte. So ging er denn 1837 abermals nach Leipzig, gab hier zwei Novellenanthologien: „Adelig und Bürgerlich“ und „Leben und Traum“ heraus, die viel Glück machten, redigierte gemeinschaftlich mit dem vor einigen Wochen erst ebenfalls verstorbenen Rudolf Mettler eine Wochenschrift: „das Nordlicht“, leitete später das Feuilleton der „Zeitung für die elegante Welt“, brachte in Heroldjohns „Komöten“ 1841 ein in Alexandrien geschriebenes Lustspiel: „das Leben ein Tanz“ zum Druck und veröffentlichte 1844 abermals eine Sammlung von Erzählungen unter dem Titel: „Stadt- und Landgeschichten“. Im Frühjahr 1845 wendete sich Hammer wieder nach Dresden zurück, wo er seither bleibende Wohnsitz nahm und im Sommer 1851 der Gatte einer Holsteinerin, jener „Malvine“ wurde, der das Buch: „Schau um Dich und schau in Dich“ gewidmet ist.

Mit diesem Werke begründete er seinen Ruf in den weitesten Kreisen. Es fand so besonders freundliche Aufnahme, daß es dem Poeten Veranlassung ward, noch vier andere Male als Spruchdichter vor das Publikum zu treten. Das Buch „Zu allen guten Stunden“ erschien 1855, „Fester Grund“ 1857, „Auf stillen Wegen“ 1859, endlich „Lerne, liebe, lebe“ 1862. Hammer ist in der Spruchpoesie — wie wir das schon früher in diesem Blatte ausgesprochen haben — ein Nachfolger Rückerts, Leopold Schefers und Sallets, und seine durch schöne Form und Sinnigkeit charakterisierten Leistungen in diesem Fach geben den Eindruck einer sittlich reinen und begabten, wenn auch keiner bedeutenden Individualität, der es mit der Bildung des Geistes und Herzens Ernst ist, und die sich „still und bewegt“ in die Geheimnisse der Welt einlebt. Die kontemplative Grundstimmung des Dichters spiegelt sich auch in einem Drama: „die Brüder“ und dem Roman:

„Einkehr und Umkehr“. Auffallend stach von diesen Erzeugnissen eines fein und zart gebildeten Geistes das derbe kleine Lustspiel: „Auch eine Mutter“ ab. In neuester Zeit gab Hammer außerdem noch in seinem „Osmannischen Liederbuch“ Nachbildung, d. h. nicht osmanische Lieder in deutschen Lauten, sondern deutsche Lieder mit osmanischer Färbung, sowie in den „Psalmen und Dichtungen“ eine Umbildung der biblischen Psalmen. Eine Reihe von Jahren beteiligte er sich auch als Redakteur des Feuilletons an der Siegelschen „Konstitutionellen Zeitung“, bis er Mitte 1859 diese Stellung und überhaupt Dresden verließ und sich nach Nürnberg wandte. Es schien, als wolle er immer da bleiben, doch plötzlich kehrte er in die Heimat zurück und bezog sein früheres Sommerlogis in Pillnitz, wo er denn nunmehr gestorben ist. Wir erwähnen noch, daß sich Hammer auch als Vorleser klassischer Dramen, sowie als Redner in literarischen Vereinen und bei verschiedenen Festlichkeiten, in Dresden, Nürnberg und anderen Orten bewährt hat. Endlich wurde auf seine Veranlassung und Anregung im Mai 1855 an dem Schillerhause in Loschwitz eine Gedenktafel errichtet.

### Kleinere Mittheilungen.

\* Eine Dienstmänn-Kapelle. War es schon originell, daß in Berlin z. B. sowohl die Feuerwehr als die Schutzausmaßtige eigene Musikkörpe haben, so ist der Gedanke, daß die Wiener Dienstmänner, gleichfalls eine Kapelle sich bildeten, noch viel drolliger. In einem neuen im Prater abgehaltenen Parkett hat diese „Dienstmänn-Kapelle“ sich hören lassen, und die Bellner'schen „Blätter für Musik &c.“ gestehen ihr den Vorrang vor den anderen beschäftigt gewesenen Chören zu.

\* Ein Denkmal für Palm. Der Bürgermeister Haar in Brauna erlässt einen Aufruf zur Gründung eines Palm-Monuments. Am 26. v. Mts. waren es 56 Jahre, daß Johann Philipp Palm, Buchhändler zu Nürnberg, auf den Schanzen der Festung Brauna am Inn unter den Regeln französischer Soldaten gefallen ist.

\* Oxygenirtes Wasser. Maumens hat Wein und Wasser, statt wie es bisher üblich war, mit Kohlenstoff, mit Sauerstoffgas ausgesetzt gemacht, indem er dieses Gas unter einem Druck von 6—8 Atmosphären in die Flüssigkeit hineinpumpte. Es erhält so ein Getränk, dessen Geschmack nicht wesentlich abweicht von dem des gewöhnlichen Wassers oder Weins, sich auch beim Aufbewahren nicht verändert. Alterter Wein wenigstens bildete nicht wesentliche Spuren Essigfärre. Der mit Sauerstoff imprägnierte Wein erzeugt, bald nachdem man ihn getrunken hat, eine sehr merkwürdige Wärme wie die besten alten Weine und ein Gefühl von Wohlbefinden, welches sehr charakteristisch ist, ohne sehr stark zu sein. Das oxygenierte Wasser erzeugt beim einmaligen Trinken kein bemerliches Gefühl; als Maumens es aber mehrere Tage nach einander trank, schien es ihm eine wirkliche Verbesserung der Respiration und selbst der Verdauung hervorzubringen. Eben so glänzt berichtet Dr. Danan über dies Präparat, und da dessen Darstellung keine besonderen Schwierigkeiten macht, so ist zu erwarten, daß es sehr bald Eingang finden und sich Geltung verschaffen wird.

Mann, ein Bauer aus einem anderen Dorfe, welcher die Bauern aufzuwiegeln und sie zur Widerseitlichkeit gegen ihre Herren und die Regierung zu verleiten suchte, im Krüge von Bauerl festgenommen und, nachdem er vorher schon durch diese mishandelt worden, dem Wohlant überlieferter. — In den meisten Gemeinden zählen die Bauern die reglementmäßigen Entschädigungsäste, in einigen Orten arbeiten sie wie früher, und wo weder das eine noch das andere von ihnen geleistet wird, und sie im passiven Widerstande beharren, sind meist die Grundherrn selbst Schuld, und gehören diese auch fast sämtlich zu denjenigen Besitzern, welche damals beim Beginn des Aufstandes zu Warschau am laufenden mit vollem Munde die Freiheit der Bauern ausschrien und ihren Proklamationen die unsinnigsten Versprechungen beifügten.

Wie man eben hört, sollen mehrere Geistliche in Warschau zur Untersuchung sowohl vom Erzbischof als auch von der Regierung gezogen werden, weil sie versucht, durch kirchliche Alter die Trauer über die letzten Hinrichtungen zu begehen. — Die Nachricht von der Gefangenennahme Garibaldi's hat in der Partei der Exaltirten hier große Sensation erregt; denn sofern auch die Hoffnung auf eine Hilfe von jener Seite jedem Ruhigdenkenden liegen müsste, so giebt es doch unter der polnischen Agitationspartei Köpfe genug, die in dem Befreier Italiens auch einen Heiland für Polen erblicken zu dürfen glaubten.

Warschau, 3. September. [Gnadenakt; Steckbriefe; Dementi; Exekution.] Der heutige „Dziennik“ bringt wieder 5 Begnadigungen von Individuen, die zu Festungsstrafe nach Bobruisk und Kronstadt verurtheilt waren. Auch haben wir seit 1831 zum erstenmale eine Konfiskationsaufhebung, indem der Kaiser dem Grafen Stanislaus Ostrowski sein sehr bedeutendes Vermögen, bestehend aus dem Städtchen Tomasow nebst einem großen Güterkomplex zurückgegeben. Wenn, wie zu hoffen steht, dieser Fall nicht vereinzelt bleibt, so würde dies sehr zur Verhöhnung der Gemüther beitragen. — Andererseits bringt der „Dziennik“ auch 2 Steckbriefe hinter den Gutsbesitzer Chmielniuk und den Schneidergesellen Rodowicz, beide Mithuldige Jaroszynski's. Dagegen ist die Nachricht deutscher Zeitungen, daß Chmielniuk in Paris und Rodowicz in Kiew ergriffen worden seien, der Phantasie heisiger Korrespondenten entsprossen, wie denn auch von dem Wielopolski überreichten vergifteten Briefe hier Niemand etwas weiß. — Vor Kurzem ist wieder ein Offizier, Namens Dombrowski, in Modlin erschossen worden, bei dem man das berüchtigte Verschwörungsprogramm gefunden hat. Er soll dientsttuender Offizier beim General en chef Baron Namyslowski gewesen sein. (N. 3.)

Soeben hat der „Dziennik pozys.“ das Regulativ für die polytechnischen Schule in Pulawy veröffentlicht, und schon wieder erscheint die Instruktion für das Alexander-Maria-Institut, eine höhere Töchterschule. Warschau, 5. Septbr. Der „Dziennik pozys.“ zählt folgende Bibliotheken auf, welche die russische Regierung früher aus dem Königreich Polen nach Petersburg hat hinüberschaffen lassen:

- 1) Die Bibliothek der Gebr. Baluski in Warschau, 300,000 Bände, wovon aber auf dem Transport sehr viele verloren gegangen sein sollen.
- 2) Die Bibliothek der Freunde der Wissenschaft und der Universität in Warschau, 150,000 Bände.
- 3) Die Bibliothek des Fürsten Czartoryski aus Pulawy, mit der die berühmte Czack'sche verbunden war.
- 4) Die Bibliothek der Familie Radziwill aus Nieszwiedz.
- 5) Die der Jesuiten aus Płock.

## Dänemark.

Kopenhagen, 2. September. [Die deutschen Note n.] „Fädrelandet“ spricht sich heute in einem längeren Leitartikel über die jüngsten Depeschen der beiden deutschen Mächte aus. Das Blatt findet die Situation sehr ernst und nichts weniger als günstig für Dänemark. Die Discussion sei nunmehr auf einen Punkt gekommen, wo sie mit Aufstand nicht mehr in einer andern Sprache, als in der der Waffen geführt werden könne. Die preußischen Forderungen gingen so weit wie die der holsteinischen Stände und hätten offenbar die vollständige Auflösung des dänischen Staats im Auge. Was das ebenfalls in voriger Woche übergebene österreichische Memorandum betreffe, so werde dasselbe vermutlich wohl nicht so bald bekannt werden, da es seinem ganzen Charakter nach offenbar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sei. Dasselbe, sagt „Fädrelandet“ weiter, stehe übrigens, gutem Vernehmen nach, was beleidigenden, anmaßenden Ton betreffe, keineswegs hinter der preußischen Depesche zurück, sondern gehe in dieser Beziehung eher noch weiter. So wie jetzt die Dinge ständen, sei der Krieg oder die europäische Vermittlung unvermeidlich geworden. Ein drittes gebe es nicht mehr. Für beide Fälle aber sei Dänemark gegenwärtig in einer durchaus ungünstigen Lage. Ein neuer Krieg könne leicht zum Untergange Dänemarks führen, und wenn Dänemark allein stehe, könne es im Falle eines Krieges kaum ein anderes Schicksal hoffen; eine europäische Vermittlung werde jedenfalls auch zum Nachtheile Dänemarks ausfallen und sichere nicht einmal gegen etwa eintreffende Begebenheiten und deren Folgen. Dabei sei das dänische Volk schlaff und wenig geneigt, ernsten Gedanken und Betrachtungen Raum zu geben.

## Amerika.

Newyork, 27. August. [Der Krieg in Missouri; Verhaftung; Verschiedenes.] Das Neuter'sche Bureau bringt folgende Nachrichten: Der Unions-General Rosencranz ist an der Spitze von 30,000 Mann gegen Juntown in Missouri marschiert, um 15,000 Konföderierte unter dem General Armstrong anzugreifen. Man glaubt, daß General Price zu Armstrong stoßen und daß dann ein Gefecht mit Rosencranz stattfinden wird. — Herr Ingalls, ein angehender Demokrat aus Pennsylvania, ist verhaftet worden, weil er auf einer demokratischen Versammlung in Philadelphia eine Rede gehalten hat, in welcher er erklärte, der Norden sei in der Eroberung des Südens noch keinen Schritt weiter, als zu Anfang des Krieges, und die Regierung des Präsidenten Lincoln sei die corrupteste, die je ans Ruder gelangt. — Die erste Sendung von Negern, welche sich unter den Auspicien der Regierung in Central-Amerika anziedeln sollen, wird im Oktober absegeln. — Die Chippewa-Indianer in Minnesota haben sich empört und man erwartet weitere Ruhestörungen. — Der „Richmond“ Whig schätzt die Quantität der seit Beginn des Krieges vernichteten Baumwolle auf 4—600,000 Ballen.

## Vom Landtage.

### Haus der Abgeordneten.

— Aus dem Bericht der Budgetkommission über den Etat der Militärverwaltung für 1862 (Referent Abg. Baron v. Baerst) sind alle wesentlichen Anträge der Kommission, so wie die Erklärungen, welche die Staatsregierung durch ihre Kommissarien bat abgehen lassen, seiner Zeit bereits mitgetheilt worden. Vorbehaltlich etwa nötig werdender Nachträge haben wir aus dem allgemeinen einleitenden Theile das Wesentliche hervor.

Zunächst wird der Gang in der Militärfrage seit dem Jahre 1860 kurz resumirt, der provisorische Charakter der Geldbewilligungen für 1860 und

1861 wird unter Anführung der thatächlichen Momente nachdrücklich betont; die Erklärung der Staatsregierung aus den Mai-Verhandlungen von 1860 wird wörtlich angeführt, in der es hieß: „daß eine plötzliche Burtschführung des Zustandes der Armee aus der dermaligen Kriegsbereitschaft auf den zur Zeit etatsmäßigen Friedenszustand aus finanziellen und militärischen Gründen den gewichtigsten Bedenken unterliege und Angesichts der noch immer obwal tenden politischen Verhältnisse geradezu unverantwortlich sei, daß die Berathung und die Beschlusnahme über die für die Umgestaltung des Heeres erforderliche Gesetzesvorlage aber einer weiteren Berathung der beiden Häuser des Landtags vorzubehalten sei;“ ferner wird der Wortlaut des Gesetzes vom 24. Juni 1860 angeführt, worin ausdrücklich von der „einfühligen Aufrechterhaltung und Befestigung“ Maßnahmen, welche für die fernere Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres erforderlich und auf den bisherigen gesetzlichen Grundlagen thunlich sind, die Rede ist; es wird ferner angeführt, daß die Budgetkommission und nach ihr das Haus im Jahre 1861 den Etat der Militärverwaltung in Ordinarium und Extraordinarium „für die einfühlige Aufrechterhaltung und Befestigung der größeren Kriegsbereitschaft der Armee“ geschieden hat; endlich wird der Beschluss des Hauses vom 31. Mai 1861 wörtlich angeführt: „Die königliche Staats-Regierung, falls sie die zur Reorganisation der Armees ergriffenen Maßregeln aufrecht zu erhalten beabsichtigt, bleibt verpflichtet, spätestens dem nächsten Landtage ein Gesetz Gehufs Abänderung des Gesetzes vom 3. Sept. 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vorzulegen.“ In der ersten Session dieses Jahres hat die Regierung nur ihre bekannte Novelle zum Gesetze von 1814 vorgelegt, in den Motiven, zu welcher die Reorganisation der Armees „die ins Leben gerufen“ benannt ist; in dem gleichzeitig vorgelegten Budget stellte sich der Kostenaufwand „der verstärkten Heeresformation“ auf 42,209,000 Thaler und nach Abzug von 1,773,000 Thaler Ersparnisse auf 40,436,000 Thaler. Der jetzt vorgelegte Etat, in welchem die Mehrkosten der Kriegsbereitschaft von den laufenden Bedürfnissen gar nicht gesondert sind, beträgt im Ordinarium 37,779,000 Thlr., im Extraordinarium 1,826,000 Thlr., zusammen 39,605,000 Thlr., also 831,000 Thlr. weniger als der Etat vom vorigen Winter; diese Differenz entsteht durch Ersparnisse bei der Wohnung der Truppen 674,000 Thlr., bei Servis 52,000 Thlr., bei Dienst- und Verfolgungsreisen 50,000 Thlr., bei Artillerie, Waffen und Munition 55,000 Thlr. Die größere Spezialisierung des vorliegenden Etats in 62 statt in 10 Titeln ist bereits anderweitig erwähnt. Eine Gesetzesvorlage hat die Regierung nicht gemacht, dagegen eine solche für die bevorstehende Winteression bestimmt zugesagt.

Der Trennung des Etats in Ordinarium und Extraordinarium (letzteres bezeichnet in Folgendem ein für alle Mal die Kosten der Reorganisation) hat die Regierung widersprochen, da sie bei Vorlegung des Etats von der Ansicht ausgegangen sei, daß das Provisorium der Heereseinrichtung nicht länger bestehen könne. Die Kommission ist dagegen einstimmig für die Scheidung gewesen, da in allen bisherigen „Gesetzesvorlagen, Berichten, Denkschriften und Beschlüssen des Abgeordnetenhauses“ der bestimmte Ausdruck enthalten sei, daß es zur Reorganisation der Armees eines Gesetzes bedürfe und daß die inzwischen stets fortgeschrittenen Umwandlung des Heeres nur als in einem Provisorium beruhend betrachtet werden müsse, und da „erner alle in den Jahren 1860 und 1861 von der Landesvertretung bewilligten Geldmittel nur als extraordinaire Buschüsse angesehen und bezeichnet worden.“ Ebenso einstimmig sind sämtliche Mitglieder der Kommission in der bestimmt ausgesprochenen Ansicht gewesen, daß der von der Staatsregierung vorgelegte Etat der Militärverwaltung als Grundlage einer fortdauernden Bewilligung für die Armees ohne wesentliche prinzipielle Änderung dieses Etats in seiner Art acceptirt werden könne, daß derselbe vielmehr mit einer geistlichen Entwicklung der Finanzlage des preußischen Staates durchaus unvereinbar sei. Eine Minorität von höchstens fünf, bei einzelnen Fragen auch neun Stimmen, hat einzelne Ersparnisse machen wollen; die Majorität hat sämtliche Mehrkosten für die Reorganisation abgelehnt. — Die Gründe der Majorität sind wesentlich folgende:

A. Das Recht der Ausgabenbewilligung ist das wichtigste verfassungsmäßige Recht der Landesvertretung; eine vorläufige Ausübung derselben erfordert bei einer dauernden Mehrausgabe von ca. 10 Millionen „Genehmigung des dieser Mehrausgabe zu Grunde liegenden Planes“ auch in allen seinen Konsequenzen für die Zukunft, also Prüfung und Genehmigung des Planes für die neue Heeresorganisation in seinen einzelnen Theilen, ganz abgesehen vorläufig von der Frage, ob derselbe mit den bestehenden Gelegenheiten verträglich ist, oder eine Umänderung derselben ebenfalls erforderlich ist. Die Bewilligungen der Landesvertretung sind aber bisher nur provisorisch gewesen, der Plan der Regierung also als Grundlage für eine dauernde Bewilligung nicht angenommen worden. Es muß schon befremden, wenn trotz dieser zweimaligen Ablehnung jetzt ohne weitere Motivierung, ohne irgend eine Denkschrift zum dritten Male die Genehmigung des Planes der neuen Organisation des Heeres und zwar nach der eigenen, ichließlichen Erklärung der Staatsregierung ohne alle wesentliche Modifikation derselben als Grundlage für eine dauernde so bedeutende Mehrbewilligung der Landesvertretung angesonnen wird. Auch jetzt kann der Reorganisationssatz nicht genehmigt werden und man muß diese Nichtgenehmigung durch Verwerfung der auf derselben begründeten Mehrforderung, „unmündig und definitiv“ aussprechen. Die finanzielle Unmöglichkeit der Bewilligung ergibt sich aus Folgendem: Da die Ersparnisse im jetzigen Etat nur vorübergehend sind, so stellt sich das Ordinarium am rund 42 Millionen. Dazu kommen „unzweifelhaft“ als dauernde Mehrausgaben die Erhöhung des Servis und des Soldes für die Gemeinen und Unteroffiziere; ferner als vorübergehende Ausgaben die demnächst von ungewöhnlicher Höhe bevorstehenden Forderungen: 1) für Außenbauten, 2) Festungsbauten (die letzteren in Folge der Veränderung der Artilleriewaffen in großem und ausgedehntem Maße), 3) Die Forderungen für gezogene Geschütze zur Bewaffnung der Festungen und zur Ausrichtung der Feldarmee. Darauf würde der Militärtat in Folge des Reorganisationssatzes sich im nächsten Jahre auf 45—50 Millionen steigen. Die Ausgaben für die Marine (deren Höhe aus den Verhandlungen der betreffenden Kommission bekannt ist) treten hinzu. — Die aus diesen Rücksichten erforderlich werdenende Buschüsse aus dem Staatshaushalt hat der frühere Finanzminister, unter Voraussetzung einer jährlichen Steigerung der Staatsausgaben von 800,000 Thlr. und der Fortersetzung des 25prozentigen Zuschlags bis 1865 auf 6½ Millionen bis zum Jahre 1870 berechnet; die damalige Kommission hat sie bei einer Einnahmestiegerung von jährlich ½ Million auf fast 25½ Millionen geschätzt. Nach Fortfall des 25prozentigen Zuschlags wird sich nach Ansicht der Kommission der nötige Zuschuß auf 34½ Millionen stellen. Endlich ist in dieser Beziehung auf das enorme Misverhältnis unserer Ausgaben für das Heerwesen zu den Ausgaben für andere Verwaltungszwecke hingewiesen; nach den neuesten statistischen Ermittlungen verwendet Preußen von allen europäischen Staaten den höchsten Prozentsatz seiner Bruttoeinnahme auf die Landesarmee; der bekannte Brief des Finanzministers an den Kriegsminister läßt über die unverhältnismäßige Bevorzugung des Militärbudgets keinen Zweifel, der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt, daß dem Lande eine große Zahl der tüchtigen Arbeitkräfte entzogen wird, daß die Soldaten, statt ihrerlets zu ernähren, ernährt werden müssen, kommt als Abschluß nach dieser Seite hinzu.

Ist man demnach außer Stande — fürt der Bericht fort — dauernde Mehrbewilligungen auf Grund der thatächlichen bestehenden Organisation auszusprechen, muß man vielmehr den Plan dieser Organisation als Grundlage der Mehrbewilligung definitiv verwirren, so kann man auch nicht führe die Majorität weiter aus: in den Jahren 1860, 1861 neben dem Ordinarium von 1862 nochmals und zum dritten male außerordentlich und einmalige Bewilligungen aussprechen. Es ist ein innerer Widerspruch, wenn die Staatsregierung in der überreichten Erklärung „provvisorische Geldbewilligung und dauernde thatächliche Zustände nebeneinanderstellt.“ Provvisorische Geldbewilligungen können, sind sie in Wahrheit provisorisch, auch nur thatächlich vorübergehende Zustände schaffen, Zustände, die keinen Zweifel der Dauer in sich tragen, sind eben keine provisorischen. Die Staatsregierung räumt daher, in Übereinstimmung mit den notorischen Thatshäfen in der überreichten Erklärung ein, daß sie mit provisorischen Geldbewilligungen definitive Zustände geichhaben habe. Nochmals provisorisch Geld bewilligen, heißt, nach diesen Erfahrungen und gegenüber den Erklärungen der Staatsregierung, thatächlich und dauernd Zustände befestigen, zu denen man Geld eben nicht bewilligen will. Es führt unfehlbar dahin, daß das wichtigste Recht der Landesvertretung, das Recht Ausgaben zu bewilligen, ohne dessen Wirksamkeit die Verfassung zum wahren Besten des Thrones und Vaterlandes nicht wirken kann, durch das Gewicht vollendet und immer langer bestehender thatächlicher Verhältnisse zum wesenlosen Scheine herabgedrückt wird.

Man kann aber ferner, führte die Majorität aus, nicht im ordentlichen Etat (wie bei a) Absezungen vornehmen, und dadurch indirekt den bestehenden Organisationsplan amendiren. Das Heer bildet ein organisches Ganze, in welchem das Verhältnis der Truppenteile sich gegenseitig bedingt. Man kann daher nicht einzelne Theile des Planes unverändert annehmen, andere wesentlich modifizieren, ohne sich namentlich bei der hervorgetretenen Passivität der Staatsregierung der Gefahr auszusetzen, ein Misverhältnis zwischen den einzelnen Truppengattungen herbeizuführen. Man kann aber ferner nicht bei Gelegenheit der Staatsberathung die zweijährige Dienstzeit in den Organisationsplan hineintragen. Der nicht unter Angabe einer bestimmten Truppenzahl aufgestellte Etat bietet dazu, zumal da es der Staatsregierung freisteht, durch dreijährige Dienstzeit oder vermehrte Aushebung die finanziell bedingte Truppenzahl zu erhalten, keine Gelegenheit dar. Offizielle Berechnungen der durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit zu erzielenden Ersparnisse liegen nicht vor, sind sogar verworfen. Andere Berechnungen entbehren der Sicherheit und bei solchen für spätere Zeiten präzisierliche Berechnungen vor Allem erforderlich. Sie beweisen überdies, daß die faktische Einführung der zweijährigen Dienstzeit allein die finanziellen Gefahren des Organisationsplanes nicht beseitigt. Es fehlt endlich alles Material zur Beurtheilung der Frage, in wie fern das thatächlich bestehende Heeres-System überhaupt bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit aufrecht erhalten werden kann.

Nach Allem diesen schloß die Majorität, man müsse sich darauf beschränken, die auf den gegenwärtigen Organisationsplan gestützte Mehrförderung abzuwenden, und es dann der Staatsregierung überlassen, ob sie im Interesse des Landes überhaupt und namentlich im Interesse einer ordentlichen Heeresverfassung selbst die Initiative zur Vorlegung eines anderweitigen finanziell haltbaren Planes, innerhalb des Gesetzes vom Jahre 1814 oder innerhalb eines vereinbarten Gesetzes ergreifen wolle. Nur sie allein sei natürlich im Stande, in dieser Beziehung die Initiative zu ergreifen; der Kommission bleibe nur übrig, bei Verwerfung des Planes und bei Verfassungswidrigkeit von 1860 zu beharren.

B. Ferner erscheint der Majorität die Ablehnung der Reorganisation kostet auch deshalb dringend geboten, weil die thatächliche Forteristung dieser Organisation die geistlich bestehende Wehr-Versetzung in wesentlichen Bestimmungen derselben umgeht, diese Bestimmungen nur noch schwerlich respektiert, ja sich schon im wirklichen Widerspruch mit diesen Bestimmungen befindet. Die Forteristung dieser Organisation wird die Landesvertretung im Augenblick einer auswärtigen Gefahr, beim Trocken eines ersten Heeres zu bringen, wesentliche Bestimmungen der bestehenden Gesetze aufzugeben und so das außerhalb und gegen das Gesetz Gedachte nachträglich zu legalisieren. Die Forteristung dieser Organisation ist daher mit einer freien und wirklichen Ausübung des Rechtes der Teilnahme der Landesvertretung an der Gesetzgebung unvereinbar und widerprüft daher auch einem wirklichen Verfassungsleben. Daß die Organisation eine Veränderung der bestehenden Gesetze bedingt, geht formal schon aus den eigenen Erklärungen der Staatsregierung hervor, welche früher selbst ein Gesetz wiederholte für die Aufrechterhaltung der Reorganisation für erforderlich erklärt hat, jetzt aber dieselbe Organisation wesentlich unverändert ohne Gesetz aufrecht erhalten will. Auch materiell steht die thatächlich bestehende Reorganisation in direktem Widerspruch mit dem Gesetz:

a) Eine dauernde Verdoppelung der Ladres der Friedensarmee, eine dauernde Erhöhung des Präsenzstandes der Friedensarmee von weit über ein Viertel; von 154,000 Mann im Jahre 1859 auf 211,000 Mann im Jahre 1862 involviert an und für sich eine thatächliche Aenderung in der Kriegsverpflicht der einzelnen Preußen, in der Art und in dem Umfang, in denen die Einzelnen der allgemeinen Wehrpflicht genügen. Diese dauernde Vermehrung der stehenden Armee ist demnach, so führen einzelne Mitglieder der Majorität aus, schon der Natur der Sache nach, dann aber nach der ausdrücklichen Bestimmung des Gesetzes und Verfassung — (S. 3 des Gesetzes vom 3. September 1814: „Die Stärke des stehenden Heeres und der Landwehr wird nach den jedesmaligen Staatsverhältnissen bestimmt und Art. 34 der Verfassung, alle Preußen sind wehrpflichtig. Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz“) — Gegenstand eines Gesetzes.

b) Da untere Gesetze über die Wehrpflicht und die Heeresverfassung den Krieg betreffen, so ist „nach dem Zustande, der im Augenblick des Krieges verhindert der Einrichtung im Frieden notwendig eintritt, zu beurtheilen, ob ein Widerspruch zwischen dem Gesetz und der im Frieden bestehenden Organisation vorhanden ist.“ Nun beruft untere Kriegsarmee „auf der gleichen Kriegstüchtigkeit der stehenden Armee und der Landwehr ersten Aufgebots, auf den gleichen Rechten und der gleichen Pflicht dieser beiden Heeres-Abtheilungen, im Kriege zur Bekämpfung des Feindes im Inlande und im Auslande zu dienen.“ Das ist in dem Gesetze von 1814 (wo es in S. 8 heißt: „die Landwehr des ersten Aufgebots ist bei entstehendem Kriege zur Unterstützung des stehenden Heeres bestimmt, sie dient gleich diesem im Kriege im In- und Ausland“), in der Landwehrverordnung von 1815 ausdrücklich anerkannt; in der Einleitung zu der letzteren heißt es: „An den mächtigen Umfang des stehenden Heeres schließt sich künftig die Landwehr, war immer zur Vertheidigung des Vaterlandes bereit, doch nur dann versammelt, wenn ein feindlicher Anfall oder die eigene Bildung es notwendig macht“, und in S. 1: „die Landwehr bildet einen Theil der bewaffneten Macht, sie tritt indeß nur bei ausbrechendem Kriege und bei jährlichen Übungen zusammen.“ Daran schließen sich „eine Menge detaillirter Bestimmungen“, in denen die Kriegstüchtigkeit der Landwehr vorgesehen ist.

Danach ergiebt sich eine Umgebung der bestehenden Gesetzgebung und ein Widerspruch mit derselben in doppelter Beziehung: a) die vorhandenen 243 Bataillone erfordern nach den bisherigen in der preußischen Armee angenommenen Grundsätzen eine Kriegsstärke von je 1002 Mann. Die Staatsregierung hat bisher nicht definitiv erklärt, daß sie das Erfordernis einer solchen Kriegsstärke aufhebe. Sie selbst aber bezeichnet die Zahl von 800 Köpfen als das Minimum der zulässigen Kriegsstärke. Nun hat, bei der erst seit 1860 eingetretenen erhöhten Rekrutierung und bei der notwendigen Verwendung eines Jahrganges Recruten zur Bildung von Extra-Bataillonen, beim Beginn eines Krieges bis zum Jahre 1865 die Regierung nur unter Zubufnahme von Fabrikanten der Landwehr die zur Ergänzung der Bataillone auf die Kriegsstärke von nur 800 Mann nötigen Mannschaften. Die Staatsregierung hat aber im Jahre 1860 die jetzt vorhandene Organisation auf eine achtjährige Dienstzeit im stehenden Heere gestützt. Sie bezeichnet noch jetzt die 7jährige Dienstzeit als Grundlage der thatächlichen Organisation. Sie hält daher in Wirklichkeit an einer Kriegsstärke von 1002 Mann per Bataillon fest. Diese aber kann sie jedenfalls aus den nach S. 5 des Gesetzes vom 3. September 1814 der stehenden Armee zugewiesenen Bestandtheilen nicht bilden. Die Staatsregierung hat daher früher, wie jetzt aus S. 15 des Gesetzes vom 3. Septbr. 1814 die Berechtigung verloren, schon bei Mobilmachungen, jedenfalls schon mit dem Beginn des Krieges Jahrgänge der Landwehr in die Linie einzustellen. Mit Rücksicht aber darauf, daß die S. 5 und S. 1. c. für den Krieg die Bestandtheile der einzelnen Heeresabtheilungen absolut vorschreiben, mit Rücksicht darauf, daß S. 15 ausdrücklich den schon begonnenen Krieg voraussetzt, in Ambrach, daß S. 6 hinsichtlich der Pflicht der Reiteren, in das stehende Heer einzutreten, den Ausdruck: „bei ent

nicht mehr in dem verfassungsmäßigen Zustande erhalten werden kann (573,000 Thlr. gegen 1,132,000 Thlr. im 1860); ferner sind nach der eigenen Erklärung der Regierung die sämtlichen Ausrißungsgegenstände der Landwehr für die neuen Battalione der stehenden Arme verloren und nur man gelhaft aus den Beständen des zweiten Aufgebots ergänzt; endlich ist die gesetzliche Landwehr-Kavallerie nicht mehr vorhanden. Aus diesen vier Beweisgründen geht hervor, daß die Regierung bei der jetzigen Reorganisation die Landwehr im Fall eines Krieges nicht nach den Bestimmungen des Gesetzes fragestichtig herstellen vermöge. Die Landesverteidigung fand nach allem diesen zur tatsächlichen Fortsetzung einer Organisation, welche sich mit dem Gesetz vom 3. Septbr. 1814 und dessen Ergänzungen nicht vereinigen läßt, Geld nicht bewilligen, wenn sie nicht durch den Gebrauch des Bewilligungsrechtes auf der anderen Seite ihr Recht zur Übernahme an der Gesetzgebung in den wichtigsten Fragen des Staates und des Einzelnen illogisch machen will."

c) Von politischen Momenten ist hervorgehoben die Gefahr eines verstärkten Heeres für die innere Freiheit, "so lange die besondere Militärgerechtsame und ausgedehnte Disziplinargewalt bestehen"; so lange in dem Offizierkorps der exklusive Geist herrsche und die Heranbildung in den Kadettenhäusern sowie die jetzige Art und Weise der Betreuung der Offizierstellen diesen Geist nähe; ferner bedinge die Notwendigkeit, die Landwehr ersten Aufgebots im Kriege zu verwenden, eine wilde Politik, daß Kriege nur im wirklichen Notfalle geführt würden; die Möglichkeit, militärische Demonstrationen zu machen, vermindere die Bürgschaft des Friedens.

d) Endlich ist ausgeführt, daß die allgemeine politische Lage keine wirkliche Kriegsgefahr habe; mit Frankreich seien unsere Beziehungen durch den Handelsvertrag freundlicher geworden; "das erneute und wohlberechtigte Drängen der deutschen Nation auf eine einheitlichere Gestaltung der staatlichen Verhältnisse Deutschlands erfordere daher eine bedeutende erhöhte Friedensstärke des preußischen Heeres nicht; im Gegenteil müsse ein Vorwärtsstreben in den Zielen der deutschen Bewegung in seinen Folgen die im Interesse Deutschlands am Preußen ruhende Kriegsgefahr erleichtern; nur durch Beförderung einer einheitlicheren Gestaltung Deutschlands durch ein Zusammenschließen der militärischen Kräfte Deutschlands in einer Hand werde auch Preußen schließlich den Schutz, die Sicherheit und die Stärke finden, welche jetzt durch die neue Heeresorganisation geboten werden." Es sei endlich an der Zeit, ans der "Kriegsbereitschaft" in den "Friedenszustand" mit seiner Friedensstärke von circa 130,000 Mann zurückzutreten.

Damit geht der Bericht zur der Frage des Wie dieser Zurückführung über. Viele Mitglieder der Majorität haben Abänderungen des Gesetzes von 1814 befürwortet; zur Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht sei eine erhöhte Beteiligung nötig; zweijährige Dienstzeit sei nötig und möglich, und zwar sei dieselbe durch ein Gesetz festzustellen; dann "nur ein Gesetz, welches jedem Einzelnen, jeder Familie für den dienstpflichtigen Sohn die Sicherheit gewähre, daß er unter allen Umständen und abgesehen von der jeweiligen, dem einzelnen Staatsbürger nicht offen liegenden Finanzlage des Staates, nur noch zwei Jahre seines Lebens durch die Präsenz bei den Jahren fortanernd dem Staate würmen möge, werde das Land mit den etablierten Wehrpflichten des Friedensheeres versöhnen, ferner sei „eine Erleichterung der Landwehr überhaupt und namentlich in den älteren Jahrgängen, sowie eine neue selbständige Organisation derselben neben dem stehenden Heere dringend geboten“; endlich sei „§. 15 des Gesetzes vom 14. September 1814 zur Vermeidung künftiger Konflikte zu beseitigen, resp. authentisch zu destruieren.“ Doch müsse man der Regierung die Initiative zu einer etwaigen Gesetzesvorlage in diesem Sinne überlassen. Andere Mitglieder erklärten innerhalb des Gesetzes von 1814 und innerhalb der Gesetzbewilligung von 1860 allerdings eine Formation des Heeres denbar, welche vorhandenen technischen Mängeln abhebe. Alle Mitglieder der Majorität waren aber darin einig, "daß seit dem 1. Januar d. J. die Kriegsbereitschaft lediglich und allein auf eigene Verantwortung der Staatsregierung aufrecht erhalten sei, und daß nach Ableitung der Mehrosten der Organisation die Staatsregierung veranlaßt sei, eine Vorlage, einen Nachtragsetat, aus dem die etwaigen Wehrbedürfnisse in Folge der seit dem 1. Januar d. J. aufrecht erhaltenen Kriegsbereitschaft in Folge ferner der Zurückführung des Heeres aus der Kriegsbereitschaft in eine Organisation, seien innerhalb des Gesetzes von 1814, sei es innerhalb eines neu vereinbarten Gesetzes der Landesvertretung zur verfassungsmäßigen Bezeichnung vorzulegen."

Auch die Minorität hat anerkannt, daß der vorgelegte Etat als ein dauernder nicht haltbar sei. Auch die illegalität der Verwendung von Mitteln, die für ein Provisorium bewilligt worden, für ein Definitivum hat sie anerkannt, und ebenso die ministerielle Anslegung des §. 15 des Gesetzes von 1814 befreit. Doch findet sie nicht, daß das Gesetz bereits verlegt sei, da bei einer Kriegsstärke der Bataillone von nur 750—800 Mann ein Brüderauf die Landwehr nicht erforderlich sei. Die ursprüngliche Illegalität der Organisation könne durch eine nachträgliche Budgetbewilligung geheilt werden, die Verwendung der genannten Reorganisationsosten führe entweder zu einer Desorganisation des Heeres oder zu einer Verfassungskrisis. Zudem erkenne ja ein Theil der Majorität selbst an, daß die Organisation auch manche vortheilhafte Seite darbietet. Einige Gefahren der Organisation müsse man durch Etatsabschüttungen vermeiden und beschränken, die zweijährige Dienstzeit bei der Infanterie lasse sich dadurch tatsächlich herbeibringen. Ein neues Gesetz sei unzuverhältnißig erforderlich. Bis zur Vereinbarung sei die Organisation mit den irgendwie zulässigen Ersparnissen durch einmalige Bewilligung im Extraordinarium aufrecht zu erhalten.

Seitens der Regierung ist auf die Steuerzölle in den letzten Jahren sowie in Bezug auf das Deficit auf die vorjährige Verantragung der Staatsausgaben verwiesen; in Wirklichkeit werde ein Bushaus zur Deckung der Ausgaben nicht erforderlich sein; die Mehrneinahme aus den Grundsteuern von ca. 3 Millionen sei stets als Deckungsmittel für die Mehrosten der Reorganisation bezeichnet; als neu einnahmemeuellen könne die Besteuerung der Polisen der Verjährungsgeellschaften, die Einführung der Brannweinsteuer an Stelle der Weinsteuer und die Erhöhung der Tabaksteuer nöthigenfalls in Aussicht genommen werden. In Bezug auf das Verfahren der Regierung sei berichtigend zu erwähnen, daß in dem Kommissionsbericht vom 9. Mai 1860 doch auch "das Einverständniß mit der Regierung darüber ausgesprochen worden, daß in einigen Beziehungen selbst eine Vervollständigung der angegebenen Maßnahmen als unerlässlich zu bezeichnen sei"; ferner habe nach dem Bericht vom 19. Mai 1861 "der damalige Finanzminister ausdrücklich erklärt, daß die Regierung offen gelagt habe, ne verlange den extraordinären Credit auch zur Fortbildung des Bestehenden; in der Kommission aber sei anerkannt worden, daß manche Einrichtungen jenen dauernd seien"; daraus ergebe sich überzeugend, daß es niemals die Absicht gewesen, die neue Heeresorganisation gänzlich rückgängig zu machen; im Gegenteil spreche der Umstand, daß die Steuerzölle bis 1. Juli d. J. bewilligt worden seien, für die Absicht des Hauses, der Regierung die nötigen Mittel auch ferner zu gewähren. Im Jahre 1861 habe der Finanzminister v. Patow bei der Etatsberatung ausdrücklich konstatiert, daß die Absicht nicht dahin gehe, mit dem 1. Januar d. J. mit einem Male den früheren Zustand wieder herzustellen und die Zahl von 117 Bataillonen ohne Weiteres anzunehmen. Schließlich habe derselbe hinzugefügt: "so bleibt in der That nichts übrig, als daß die in das Extraordinarium verwiesenen Ausgaben, welche zur Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft dienen und nicht einmalige Ausgaben sind, von dem Finanzminister so lange geleistet werden, bis über den neuen Etat Beschlüsse gefaßt worden sind. Dergemäß werde ich verfahren." Darnach rechtfertigte sich, daß die Regierung die Reorganisation auch seit dem 1. Januar d. J. noch aufrecht erhalten habe. Daß sie in dieser Saison nicht wieder ein Gesetz vorgelegt hat, ist in dem Glauben an eine kurze Session geschehen. An Ersparnissen beim Etat glaubt die Regierung das Mögliche gethan zu haben. Einen Konflikt wünscht die Regierung auch ihrerseits zu vermeiden. Bei der vorgerückten Zeit lassen sich für dieses Jahr erhebliche Ersparnisse doch nicht mehr erzielen. Die Regierung sieht daher kein begründetes Bedenken, den Etat für 1862 zu bewilligen. Die Vorlegung eines Gesetzes zur Regelung der Verfassung hat sie schließlich wiederbolt auf das Bestimmteste zugestellt.

Seitens der Majorität ist darauf gegen die Minorität geltend gemacht: Die Staatsregierung selbst wahrte sich für die Bestimmung der Truppenzahl die Initiative und erläuterte die gegenwärtige Truppenzahl zur Lebensfähigkeit der Reorganisation für unbedingt erforderlich; sie verhahlt sich deshalb den Ausführungen der Minorität gegenüber vollständig passiv. Wie vorher ausgeführt sei, genüge die faktische Einführung der zweijährigen Dienstzeit dem wirklichen Bedürfnisse nicht. Die Ersparnisse der Minorität bestätigten die finanziellen Gefahren der Reorganisation nicht, weil darin ja immer noch ein Ordinarium von 37—38 Millionen zu decken bliebe. Für das erforder-

liche Gesetz liege reiches Material vor; es sei daher unbegreiflich, wie jetzt noch die Vorlegung des Gesetzes lange Zeit erforderlich könne. Gegen den Kommissar des Finanzministeriums ist bemerkt: die Steuererlassen ohne den 25prozentigen Bushag betragen noch nicht 900,000 Thlr.; mit einer gewissen Finanzpolitik lasse sich nicht vereinigen, zuerst aus Notwendigkeit etwa 4½ Mill. Steuern zu erlassen und dann eine dauernde Mehrausgabe von ca. 9½ Millionen zu beschließen. Über zu große Anspannung der Steuern werde im Lande allgemein gestraft und die Hinweisung auf neue Steuern deute darauf hin, daß für die Aufrechterhaltung der Reorganisation nötig würden. Für die nächste Zeit sei auf die möglichen Ausfälle in Folge des französischen Handelsvertrages Rücksicht zu nehmen. Das die Mehrerträge aus der Grundsteuer zur Reorganisation zu verwenden seien, habe das Haus als solches nie anerkannt, vielmehr habe das jetzige Haus das Gegenteil bei Gelegenheit des Beschlusses über den Fortfall des 6. Sgr.-Bushags bei den Gerichtsstößen ausdrücklich ausgesprochen. An den Beschlüssen des Hauses von 1860 und 1861, wonach die damaligen Bewilligungen nur provisorische gewesen seien, könnten Auseinandersetzungen des früheren Finanzministers nichts ändern; gleichzeitig hätten übrigens in der Sitzung vom 4. Juni 1861 mehrere Abgeordnete vollständig die Bedeutung einer nur einmaligen Geldbewilligung gewahrt. Endlich ist von der Majorität erklärt: man habe es wohl in Betracht gezogen, daß die Verfassung das Zustandekommen eines Etatgesetzes unbedingt voraussehe, das dieselbe daher aller bei Feststellung dieses Gesetzes beteiligten Staatsgewalten entgegenkommende Wirkung auflege. Wenn man aber sämtliche zur Existenz des Staates notwendige Ausgaben bewillige, wenn man für das Heer die Summe, welche in Preußen bis 1860 für den ordentlichen Bedarf des Heeres stets ausgereicht hätte, zugestelle, wenn man nur eine seitdem erst unter dem Titel Kriegsbereitschaft aufgetretene Mehrforderung aus den dringendsten Gründen der Verfassung und des Gesetzes und gewonnen durch die wirklichen Interessen des Landes ablehne, gleichzeitig aber die Bereitwilligkeit zur Ordnung der dadurch hervorbrechenden augenblicklichen Zustände ausspreche, so gehe man bis an die äußerste Grenze, welche die plausiblere Ausübung verfassungsmäßiger Rechte und Pflichten gestatte, und könne daher rubig die Verantwortung für Maßregeln, die das Zustandekommen eines Etatgesetzes hindern, denjenigen überlassen, von welchen dieselben ausgehen.

Berlin, 6. September. Die Budgetkommission hat gestern Abend die Beratung des Militärateats für 1863 begonnen. Nach dem Vorbericht des Referenten Baer ist stellen sich die (wie bei 1862 zu streichenden) Kosten für die Reorganisation auf etwas über sechs Millionen. Der Vertreter des Finanzministeriums macht geltend, daß der Etat der Regierung für 1863 bereits eine Minderausgabe gegen 1862 von 1,140,000 Thlrn. ergebe; wollte man daneben noch die Absehung von 1862 zum Betrage von ca. 6 Millionen eingehen lassen, so komme im Ganzen eine Streichung von über sieben Millionen heraus, also würde der Militärvorwaltung für 1863 etwa eine Million weniger bewilligt werden, als 1860; das sei ein Resultat, welches sich die Regierung nicht gefallen lassen könne, um so weniger, als die von ihr beabsichtigten Ersparnisse lediglich mit Rücksicht auf Reorganisation der Armee für zulässig erachtet seien; es müßten also nach dem Prinzip der Kommission diese Ersparnisse der Regierung wieder zu gute gerechnet werden. Seitens der Kommission wurde entgegnet, daß man daß für den Etat von 1862 angenommene Prinzip nicht verlassen könne; die Ersparnisse der Regierung bewiesen eben, daß die Militärvorwaltung mit dem so ermäßigen Etat für die laufende Verwaltung auskommen könne; nur da werde der Vorschlag des Regierungskommissars zulässig sein, wo nachgewiesen werde, daß von der Regierung angestrebte Ersparnisse zugleich die laufende Verwaltung und die Reorganisation treffen. — Aug. Staubuhagen brachte für sich und die Abg. Schubert, v. Sybel und Zweiten einen längeren Antrag ein, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist: durch Annahme der bisher im Extraordinarium geführten Mehrausgaben für die Verpflegung der Truppen und für Bushäuse zu den Tschiffpreisen ins Ordinarium steigt der Normalat auf 41,019,000 Thlr.; davon sollen nach den Vorschlägen der Antragsteller wiederum erspart werden 4,529,000 Thlr., so daß der Normalat sich stellt auf 36,489,000 Thlr., ohne daß dabei an der Reorganisation gerüttelt wird. Durch die von der Regierung in Aussicht genommenen Ersparnisse erhält sich dieser Etat weiter auf 30,000,000 Thlr., wobei auf das Ordinarium kommen 32,145,000 Thlr. und auf das Extraordinarium 2,919,000 Thlr. Die Ersparnisvorschläge der Antragsteller geben wesentlich auf Gehaltsermäßigung und Verminderung von Offizieren und auf Verminderung der Bataillone um 126 Mann (wo durch tatsächlich die zweijährige Dienstzeit eingerichtet wurde). Der Vertreter des Finanzministeriums Geh. Rath Sixtus behielt sich seine Erklärung über diesen Antrag vor, bis derselbe gedruckt vorliege. — Es wurde dann beschlossen, daß die Beschlüsse bei den einzelnen Positionen wiederum zunächst nur eventuelle sein sollen. Bei der verhältnismäßig rasch vorliegenden Beratung wurden (gestern und heute) die Anträge des Referenten Baerst im Wesentlichen angenommen, so wie sie bis jetzt zur Verhandlung gekommen sind; es handelt sich dabei überwiegend um dieselben Fragen und Gesichtspunkte, wie bei dem Etat für 1862.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 8. Septbr. Der "Ozimiat poznański", dessen lokale Stimming gegenüber den Attentaten in Warschau die "Ostdeutsche Ztg." noch in ihrer Sonnabend-Nummer zur Anschauung zu bringen sucht, zeigt in seiner Nummer von demselben Tage an, daß am 9. d. M. um 9 Uhr in der Pfarrkirche zu Pleschen ein Trauergottesdienst für die Seelen Jaroszyński's, Rylli's und Rzonda's abgehalten werden wird. Hoffentlich wird die Polizei diesem Unfug steuern.

— [Schützengesellschaft.] Gestern vor 8 Tagen begann das übliche Eröffnungschießen, welches am vorigestrigen Tage beendigt wurde. König war geworden: Buchbindermeister Kohlschütz, erster Ritter: Rentier Schleg, zweiter Ritter: Büchsenmeister Borchendorf. Der Einzug fand gestern Abend um 8 Uhr statt. Wie gewöhnlich, versammelte sich die Schützengesellschaft vor dem Einmarsch im Saale des Schützenhauses und wurden vom Schützenkönige und dem Vorstande Toaste auf Sc. Magdalenen König und das tgl. Haus ausgebracht. Dabei hatten sich die meisten polnischen Mitglieder in den Hintergrund zurückgezogen, stimmten nicht in die Toaste mit ein, sondern behielten ihre Bedeckungen auf dem Kopf. Auch bei dem Einzuge beteiligten sich die meisten der polnischen Mitglieder nicht. Kaum hatten die deutschen Mitglieder mit der Kapelle (des 12. Regiments) den Saal verlassen, und angefangen den Zug zu formieren, so begann eine kleine Kapelle von 8 Mann, (Palinsti) von der Tribune herab den Krakowia zu spielen, der von den im Saale gebliebenen polnischen Mitgliedern aufs Wahlfeste begrüßt wurde. Um obriges den polnischen Einfluß in der Schützengilde noch zu vermehren, wird lebhaft agitirt und die Aufforderung zum Beitritt auch an solche Polen gerichtet, die in gar keiner Beziehung zu der bisherigen Gesellschaft stehen.

— [Die "Militärischen Blätter"] bringen die Beschreibung eines militärischen Festes in Posen, welches sie dem Schützenfest in Frankfurt gegenüberstellen als dasjenige, wo das "edle Volk in Waffen" wirklich vertreten war. Zum Schlus heißt es: "So wogte und brausste es bis 11 Uhr fort in herrlichem Humor in achter Männerabteilung, in harmloser, anständiger Fröhlichkeit, ein schönes, wahres Volksfest, wie man es leider unter dem entarteten, zugelösen Geschlecht außerhalb der Armee nicht mehr finden kann." Die "Militärischen Blätter" haben durch ihren wahrfahrt "zugelösen" Don schon viel böses Blut gemacht, nebenher leidet dieser Bericht aber auch an monströser Uebertreibung, wenn er das beschiedene Posener Fest mit dem Frankfurter Schützenfeste in Vergleich stellt.

— Am heutigen Tage feiert die katholische Kirche das Fest Mariä Geburt. Bei dem Gottesdienst in der St. Martinskirche wurde auch das Lied "Boże cos Polskie" gesungen.

— [Die katholischen Feiertage.] In unserer Stadt gehört zu

den polizeilich gebotenen Feiertagen, an denen während der Kirchenzeit jeder öffentliche Verkehr gehemmt ist, auch eine Anzahl von katholischen Feiertagen, und zwar 6 Marienstage, das Frohneichmannsfest, Allerheiligen, v. drei Könige und das Fest des v. Stanislaus (Kirchenpatron) der Pfarrkirche. Diese gehören seit dem Anfang der 40er Jahre hier deshalb zu den gebotenen, weil der damalige Polizeipräident v. Minutoli auf Anfrage von oben ber berichtet hatte, diese Tage seien früher hier streng gefeiert worden, und erst in den letzten Dekaden sei die öffentliche Feier unterblieben. Damals erging nun die Bestimmung, es sollten diese Tage, so wie früher, streng gefeiert werden. Dadurch ist seitdem eine große Anzahl von Tagen dem geschäftlichen Verkehr entzogen worden, was um so nachtheiliger, und allen wirtschaftlichen Gründen über die Erleichterung des Verkehrs widerprechender erscheinen muß, wenn man die eigentümlichen Verhältnisse unserer Stadt näher ins Auge faßt. Historisch ruhen die Kaufmännischen Geschäfte in unserer Stadt hauptsächlich in den Händen der jüdischen Bevölkerung. Man kann sich davon einerseits an jedem Sonnabende überzeugen, wo die Straßen auf allen verödet sind, andererseits macht man an jüdischen Feiertagen, welche gerade auf einen Markttag fallen, die Benutzung, daß die Märkte aussfallen wenig vor der ländlichen Bevölkerung unserer Umgebung beobachtet werden, indem dieselbe dann wohl weiß, daß sie keine Käufer für ihre Produkte finden wird. Dagegen lebt wiederum die Erahrung, daß an den verschiedenen Marienfesten u. i. w., wenn sie gerade auf einen Markttag fallen, die Märkte auch von Seiten der meistens katholischen ländlichen Bevölkerung in der Umgebung unserer Stadt so zahlreich besucht werden, als wenn kein Feiertag wäre. Fragt man aber diese Leute, was für ein Feiertag denn heute sei, so kann man sehr gut wissen, daß es oft nicht wahr ist, und nur gesungen folgt der Landmann dem Befehl der Aufsichtsbeamten, den Markt zu räumen. Wie man sieht, ist also selbst unter unserer katholischen Bevölkerung und um Polen gar nicht ein so reges Bedürfnis vorhanden, die Marienfest u. i. w. streng zu feiern, und wieviel entschieden in ihr das geschäftliche Interesse vor. Wir haben nichts dagegen, wenn mehrere katholische Geschäftsinhaber (meistens der polnischen Nationalität angehörig) während ihrer Feiertage ihre Geschäfte vollkommen geschlossen haben, wozu sich dieselben vor einiger Zeit gegenseitig in öffentlichen Blättern verpflichtet haben; wir können eben so wenig etwas dagegen haben, wie gegen das Schließen der Läden der meisten jüdischen Geschäftsinhaber an Sonnabenden und Feiertagen; denn es muß einem Jeden unbenommen bleiben, seine Religionsvorschriften zu halten, wie ihn sein Interess daran verpflichtet. Wir sind aber entschieden dagegen, daß ein Zwang in Bezug auf die öffentliche Feier der katholischen Feiertage stattfindet; und wir müssen um so entschiedener dagegen sein, wenn wir die Einwohnerzahl Posen nach den verschiedenen Feiertagen ins Auge fassen. Nach der letzten Zählung vom 5. Dezember 1861 besteht unser Civilbevölkerung aus 14,803 Evangelischen, 21,464 Römischkatholischen, 12 Griechischkatholischen, 7,701 Israeliten; also 21,476 Katholiken, 22,504 Nichtkatholiken. Reden wir dazu unsere Garnison, welche doch ebenfalls als Käufer und Konsument ins Gewicht fällt, so besteht diese aus 5,580 Evangelischen, 1,358 Katholischen und 55 Israeliten, also 1358 Katholiken und 595 Nichtkatholiken. Es gibt dies hinzugerechnet zu der Civilbevölkerung: 22,834 Katholiken gegen 28,409 Nichtkatholiken, zusammen 51,243 Einwohner, also 5,575 Nichtkatholiken mehr; nach Prozentsatz besteht unser Bevölkerung aus 44,56% Katholiken, 55,44% Nichtkatholiken. Gegenüber diesen Zahlenverhältnissen finden wir eine öffentlich geborene Feier der katholischen Feiertage vollkommen ungerechtfertigt, und wir überzeugt, daß unsere betreffende Polizei-Polizei-Behörde das Verbot des öffentlichen Geschäftsverkehrs an den katholischen Feiertagen aufheben wird, sobald nur von Seiten der nichtkatholischen Bevölkerung unserer Stadt dieser Wunsch in einer mit zahlreichen Unterschriften bedeckten Eingabe an diese Behörde seinen Ausdruck findet.

— [Berdiugung] Gestern Nachmittag wurde der hiesige Bürger und Schornsteinfegermeister Fischbach, Mitglied und Hauptmann des Rettungsvereins beerdigt. Der Verstorben, ein ehrenwerther Charakter und eine allgemein beliebte Persönlichkeit, gehörte der katholischen Kirche an, besuchte auch regelmäßig den Gottesdienst, ging aber nicht zur Beichte, und batte nach Aufführung seiner ersten Ehe mit einer evangelischen Frau gehäretet. Es möchten dies Gründe sein, weswegen von dem Geistlichen des betreffenden katholischen Pfarrbezirks dem Verstorbenen das Begräbnis auf katholischem Kirchhofe, so wie die kirchlichen Ehrenzeichen verweigert wurden. So wurde denn der Verstorbenen auf dem evang. Kirchhofe beerdiggt. Der von einer bedeutenden Menschenmasse begleitete Trauerzug bewegte sich von der Wronkerstraße ab, voran die neue Fahne des Rettungsvereins und auf einem Ketten die Embleme und Orden des Verstorbenen; seine Abzeichen als Hauptmann des Rettungsvereins und das allgemeine Ehrenzeichen; dann folgten die Mitglieder des Rettungsvereins; der Trauerzug mit dem Sarge und die Leidtragenden. Am Grabe sprach Herr Diaconus Franc ergreifende Worte.

Etwas früher wurde gestern Nachmittag die Gattin unseres beliebten Kapellmeisters Radetz auf dem Garnisonkirchhofe zur ewigen Ruhe bestattet.

— [Eine traurige Familienscene] Nachdem bei dem Begravniß auf dem evangelischen Kirchhofe gestern Nachmittag ein hiesiger Einwohner mit seiner Frau wegen religiöser Meinungsunterschieden in Streit gerathen und dabei von derselben eine Ohrringe erhalten hatte, setzte sich der Streit in der Wohnung (Barlebens Hof) fort, und sah sich die Frau genötigt, sammt ihren Kindern dem wütenden Mann zu entfliehen. Indem sie polizeiliche Hilfe requiriren wollte, floh sie in die benachbarte Wohnung des Polizei-Sergeanten R. (Schriffratze), wo sie jedoch nur dessen Frau und Kinder antraf. Der Mann folgte ihr nach, drang in die fremde Wohnung ein, verließ dieselbe auch nicht auf Geheiz der Frau des Polizei-Sergeanten, sondern fiel vielmehr in einem wahren Wuthanfälle über diese und deren Kinder, sowie seine eigene Frau und Kinder her und mißhandelte dieselben. Auf deren Hilfesegeschrei gelang es endlich mehreren herbeilegenden Männern, des W



die Gutsräte Kędzierski aus Chocieza, Grzytowski aus Słomca und Kołek aus Miłosław.  
**BAZAR.** Agronom Trajeksi aus Popowo, Frau Gutsbesitzer v. Chodacka aus Koźmin, die Gutsbesitzer v. Karsmicki aus Myszk, v. Brzubski aus Polen, Szoldrański aus Sierak und v. Kocorowski aus Gola.  
**HOTEL DE PARIS.** Frau Gutsbesitzer v. Wielowiejski aus Błonie, die Gutsbesitzer v. Małczewski aus Swinary, v. Kowalski aus Karst.

Hubert aus Kowalewo und Smitkowski aus Łażek, Bürger Chmielowski aus Jaraczewo, Regimentschef Hartwig aus Tarcz und Kaufmann Jarecki aus Pogorzelice.  
**HOTEL DE BERLIN.** Die Rittergutsbesitzer v. Mierzynski aus Borku, v. Wołczyński aus Krzyżanowo und v. Chrzązowski aus Warzchau, Probst Wachalski aus Bythin, Rector Blümel aus Skandki, Landwirth Rosler aus Karpow, Fabrikant Berle, Rentier Suders und die Kaufleute Senke und Rosenberg aus Berlin und Bauer aus

Altloster, Distrikts-Kommissarius und Bürgermeister Schumann aus Schönen, die Gutsbesitzer Kast aus Wolencie, Gebrüder Kirlein aus Groß-Lubin, Harmel aus Leszno, Albrecht aus Kawęczyn, Schulz aus Strzelkomo und v. Moraczewski aus Chotom.

**KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF.** Die Kaufleute Levi aus Wronowice, Rothmann aus Schönen, Bromberg und Bär aus Wrenchen, Ländler und Kittel aus Rogaten, Viehhändler Kłafaw aus Gutscherhölländer und Lehrer Cohn aus Landsberg.

## Bekanntmachung.

Uebertretungen der Postgesetze kommen erfahrungsmäig häuflich bei solchen Sendungen vor, welche unter Band (Streif- oder Kreuzband) zur Beförderung mit der Post eingeliefert werden. Zum Zweck möglichster Abwendung der Uebertretungen wird, unter Bezugnahme auf S. 15 des Reglements vom 21. Dezember 1860, auf die einschlagenden Vorschriften aufmerksam gemacht.

Gegen die ermäßigte Taxe von 4 Pf. bis zu 1 Thlr. exkl. u. s. w. nach Maßgabe des Gewichts können innerhalb des preußischen Postgebietes und des deutschen Postverkehrs-Gebietes unter Band frankirt werden; alle gedruckte, lithographierte, metallographierte, oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte, zur Beförderung mit der Briefpost geeignete Gegenstände mit Ausnahme der gebundenen Bücher und der mittelst der Kopiermaschine oder mittelst Durchdrucks hergestellten Schriftstücke.

Die Adresse muss auf dem Streif- oder Kreuzbande und darf nicht auf der Sendung selbst angebracht sein.

Die Verbindung unter Band gegen die ermäßigte Taxe ist im Allgemeinen unzulässig, wenn die Gegenstände nach ihrer Fertigung durch Druck u. s. w. außer der Adresse irgend welche Zusätze oder Aenderungen am Inhalte erhalten haben.

Auf wiederholte Anfragen zeige ich an, daß ich von meiner Reise zurückgekehrt und in Wronce den 11. und 12. d. M., in Pinne den 17. und 18. d. M., in Dusznit den 25. d. M. in meinem Geschäftskloster zu sprechen bin.

Sauter, den 5. September 1862.

**Ahlemann,** Königl. Rechtsanwalt und Notar.

Es kann jedoch den Preisouranten, Zirkularen und Empfehlungsbriefen noch eine innere, mit der äußeren übereinstimmende Adresse, so wie Ort, Datum und Raumunterschrift hinzugefügt werden; ferner dürfen Zirkulare von Handlungshäusern mit der handchriftlichen Unterzeichnung der Firma von mehreren Theilnehmern der Handlung versehen sein. Den Korrekturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche die Korrektur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt werden. Das Manuskript darf dagegen den Korrekturbogen nicht beigefügt werden. Modebilder, Landarten u. s. w. dürfen kolorirt sein; die Bilder und Karten dürfen aber nicht in Handzeichnungen befestigt, sondern müssen durch Holzschnitt, Lithographie, Stahlstich, Kupferstich u. s. w. hergestellt sein.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Talerwer bestraft.

Posen, den 3. April 1862.  
Der Ober-Postdirektor Buttendorff.

## Handelsregister.

Der Kaufmann Joseph Pluciński zu Posen hat seine Firma:

### Jo. Pluciński

angemeldet, und ist dieselbe unter Nr. 575 unseres Firmenregisters heut eingetragen worden.

Posen, den 3. September 1862.

Königliches Kreisgericht.

### I. Abtheilung.

## Bekanntmachung.

Zum öffentlich meistbietenden Verkauf verschiedener Quantitäten Kleider-Rath- u. Brennholz aus dem Einfüllage pro 1862 und 1863 der königlichen Oberförsterei Polajewo gegen gleichbare Bezahlung werden pro IV. Quartal 1862 folgende Termine anberaumt:

I. für die Olsztyner Reviere auf Mittwoch den 15. Oktober im Markt 19. November quardischen Gostyń, 17. Dezember zu Olsztyń.

II. für die Polajewo Reviere auf Donnerstag den 16. Oktober im Markt 20. November zu Borku 18. Dezember zu Borku jedesmal von 10 Uhr Vormittags an.

In den Oktoberterminen kommen Stubben und eine geringe Quantität trocknes Klafterholz, im November und Dezember Bau- und Brennholz aus dem neuen Einfüllage zum Verkauf.

Borniszyno, den 29. August 1862.

Der Oberförster Herbst.

Es finden noch Pensionäre und Pensionatinnen liebvolle Aufnahmen bei Lehrer Heinz, St. Martin Nr. 15. Der selbe erhebt zugleich Mußunterricht und überwacht die Schularbeiten.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Schul- und Pensionsanzeige.

Die Unterrichtsanstalt in Stenshewo beginnt am 9. Okt. ihren Winterkurs. Anmeldungen neuer Schüler und Pensionsare nimmt entgegen der Dirigent der Anstalt

Rector Lust.

Acht edelgezogene, vierjährige Pferde, theils eingefahren, theils angeritten, sollen Freitag den 12. September Vormittags 10½ Uhr auf dem Dominalhofe zu Roztoka an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert werden. Roztoka liegt 1 Stunde vom Bahnhof Rawicz, an der Gostyner Chaufee. Bieneck.

### Auktion.

Acht edelgezogene, vierjährige Pferde, theils eingefahren, theils angeritten, sollen Freitag den 12. September Vormittags 10½ Uhr auf dem Dominalhofe zu Roztoka an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert werden. Roztoka liegt 1 Stunde vom Bahnhof Rawicz, an der Gostyner Chaufee. Bieneck.

Gegen die ermäßigte Taxe von 4 Pf. bis zu 1 Thlr. exkl. u. s. w. nach Maßgabe des Gewichts können innerhalb des preußischen Postgebietes und des deutschen Postverkehrs-Gebietes unter Band frankirt werden; alle gedruckte, lithographierte, metallographierte, oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte, zur Beförderung mit der Briefpost geeignete Gegenstände mit Ausnahme der gebundenen Bücher und der mittelst der Kopiermaschine oder mittelst Durchdrucks hergestellten Schriftstücke.

Die Adresse muss auf dem Streif- oder Kreuzbande und darf nicht auf der Sendung selbst angebracht sein.

Die Verbindung unter Band gegen die ermäßigte Taxe ist im Allgemeinen unzulässig, wenn die Gegenstände nach ihrer Fertigung durch Druck u. s. w. außer der Adresse irgend welche Zusätze oder Aenderungen am Inhalte erhalten haben.

Daher macht es keinen Unterschied, ob die Zusätze oder Aenderungen geschrieben oder auf andere Weise bewirkt sind, z. B. durch Stempel, durch Druck, durch Überkleben von Worten, Bissen oder Zeichen, durch Punktieren, Unterstreichen, Durchstreichen, Ausradieren, Durchstechen, Ab- oder Ausschneiden einzelner Worte, Bissen oder Zeichen u. s. w.

Den Korrekturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche die Korrektur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt werden.

Das Manuskript darf dagegen den Korrekturbogen nicht beigefügt werden. Modebilder, Landarten u. s. w. dürfen kolorirt sein; die Bilder und Karten dürfen aber nicht in Handzeichnungen befestigt, sondern müssen durch Holzschnitt, Lithographie, Stahlstich, Kupferstich u. s. w. hergestellt sein.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Talerwer bestraft.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Talerwer bestraft.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Talerwer bestraft.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Talerwer bestraft.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Talerwer bestraft.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Talerwer bestraft.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Talerwer bestraft.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Talerwer bestraft.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Talerwer bestraft.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Talerwer bestraft.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Talerwer bestraft.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreszumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verhoteter Zusätze unter Streifband nicht verändert werden dürfen, wird nach §. 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße

Gartenstraße Nr. 13a, ist ein Quartier, bestehend aus 2 Stuben, Küche, Kammer und Bühne, 3 Treppen hoch, für 70 Thlr. zu vermieten.

### Barlebenshof

sind noch Wohnungen für 40, 70 und 80 Thlr., so wie Getreideschüttungen zu vermieten. Bäckerstr. 11a. 1 Tr. ein möbl. Zimmer.

### Bekanntmachung.

Der Tischlermeister Feist und Drechslermeister Kajkowski haben in jüngster Zeit Eintrittsgelder und Beiträge von mehreren Besonen angeblich im Namen und Auftrage des Vorstandes der hiesigen Schützengilde eingezogen, ohne von demselben dazu ermächtigt zu sein. Im Interesse des Publikums bringen wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis und erklären, daß **natutensmäig** aufgenommene Mitglieder nur gegen Quittung **unseres** Neudanten Herrn **Veltmer** Zahlung leisten dürfen; Zahlungen an andere Personen berechtigen in keiner Weise zur Mitgliedschaft.

Posen, den 8. September 1862.

Der Vorstand der Schützengilde.

### Gustav Haenisch.

In **B. Behr's** Buchhandlung in Posen, Wilhelmsstr. 21, traf so eben ein: **Volkskalender für 1863.** Mit Bildern nach Originalzeichnungen von **W. v. Kaulbach** und **Paul Thumann.** Mit Beiträgen von **N. Birchow, Gottfr. Keller, B. Sigismund, N. Solger u. s. w.** Preis elegant geh. 12½ Sgr.

In allen Buchhandlungen ist zu haben, in **Posen bei J. J. Heine, Markt 85: Volkskalender für 1863.** Mit Bildern nach Originalzeichnungen von **W. v. Kaulbach** und **Paul Thumann.** Mit Beiträgen von **N. Birchow, Gottfr. Keller, B. Sigismund, N. Solger u. s. w.** Preis elegant geh. 12½ Sgr.

**Soben ist erschienen und bei **J. J. Heine** in **Posen, Markt Nr. 85,** so wie in allen Buchhandlungen vorräufig:**

### Volks-Kalender für 1863.

Dreiundzwanziger Jahrgang.

Herausgegeben von

### Karl Steffens.

Mit 8 Stahlstichen, gezeichnet von verschiedenen Künstlern, 6 Illustrationen in Holzschnitt,

geschnitten von

### Arthur von Ramberg.

Elegant geheftet Preis 12½ Sgr. Kartoniert und mit Schreibpapier durchschossen 15 Sgr.

#### Inhalt:

A. Astronomischer Kalender. — Genealogie der hohen regierenden Häuser. — Verzeichniß sämtlicher Jahrmärkte und Messen in der ganzen Monarchie und den angrenzenden Ländern.

B. Der unterhaltende Theil bringt illustrierte Erzählungen und Beiträge von Max Ring, Hermann Marquart, Jacques Grut, Fr. Friedrich, G. Berena, H. Schwerdt und Andern.

C. Rezepte u. s. w. für die Hauswirthschaft.



Das Sommervergnügen findet bei günstiger Witterung nächsten Mittwoch den 10. September im Victoria-Park statt.  
Der Vorstand des Männer-Gesangvereins.

### THALIA.

Montag den 8. c. findet das Sommervergnügen der Gesellschaft "Thalia" im Bahnhofsgarten Nachmittags von 5 Uhr ab statt.

#### Der Vorstand.

### Familien-Nachrichten.

Heute früh 9½ Uhr entstieß nach kurzen und schweren Krankenlager unser umgibt geliebter Mann und Vater, der Tischlermeister und Kaufmann David Blei im 48. Lebensjahr.

Allen Verwandten und Bekannten wünschen wir diese traurige Nachricht.

Die Beerdigung findet Morgen, Nachmittags 2 Uhr, statt.

Posen, den 8. September 1862.  
Die Hinterbliebenen.

### Wilhelmsstraße 22

ist eine

Kellerwo-

nung,

zu einer

Milch- oder Obstkeller

sich eignend,

zu vermieten.

**Einladen:** ein weißgesticktes Taschentuch von Friedberg, Judenstr. 6, 1 Tr.

Wenn jemand Vergnügen haben will an täglichem Bank und Streit findet denselben Mittelstraße Nr. 31, Posen.

In der gestrigen Nacht starb nach kurzem aber schwerem Leid unsere innig geliebte Tochter, Gattin, Mutter und Schwester Pauline Philippion geb. Tausk in ihrem 34. Lebensjahr. Schmerzerfüllt machen wir Bernhard und Freunden diese traurige Anzeige.

Posen, den 7. September 1862.

Die tiefschreinen Hinterbliebenen.

### Raufmännische Vereinigung

zu Posen.

Wegen des heutigen katholischen Feiertages keine Geschäftsvorstellung.

Hafer p. 50 Pf. alter 26—27 Sgr. neuer

23—24 Sgr. galizischer 22—23 Sgr.

Kocherbsen 50—54 Sgr. Futtererbsen 45—

48 Sgr.

Winterrapss 200—225—240 Sgr. Winter-

rüben 200—218—228 Sgr. Sonnenrüben

185—200—210 Sgr. p. 150 Pf. Brutto.

Rotter Kleesamen 8—13½ R. weißer alter

8—16 R. neuer 14—18 R. hochfeiner dar-

über p. Etz.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80%)

Tralles 17½ R. Etz.

An der Börse. Roggen p. Sept. 44

—½ R. Sept. 45 R. Ottbr. 44½ R. Ottbr. Nov.

43½ R. Nov. Dezbr. 43 R. April-Mai 42

R. Br.

Hafer p. Sept. 19½ R.

Kübel lolo 14½ R. Sept. 14½ R. Sept.

Ottbr. 14½—14½—14 R. Ottbr. Nov. 14

—½ R. Nov. Dezbr. 14 R. Br. April-Mai 13½ R.

Spiritus lolo 17½ R. p. Septbr. 17 R.

Sept.-Okt. 16½ R. Ottbr. Nov. 16½ R. Nov.

Dezbr. 16½ R. April-Mai 16½ R.

(Br. Höhl.)

Magdeburg, 6. Sept. Weizen 70—72

Thlr. Roggen 49—52 Thlr. Gerste 38—41

Thlr. Hafer 25—27 Thlr.

Wollmarkt.

Berlin, 6. Septbr. Seit unseren letzten

Mittheilungen vom 23. d. M. hat wieder ein

recht lebhafte Umsatz stattgefunden, der indeß

den Umfang früher Jahre noch nicht erreicht.

Während von preuß. Tuchwollen nur 800 Et.

an inländische Tuchmacher verkauft wurden,

gingen von Kammwollen folgende Posten aus

dem Markt: an fälsch. Kämmer ca. 6—700

Etz. geringe Qualität bis 60 Etz. 300 Etz.

do. und 200 Etz. keine von inn. und neu märl.

Wollen an eine süddeutsch. Kämmer, 100

Etz. pommerische nach Sachsen, und endlich

12—1400 Etz. keine hinterpommersche An-

fangs der 7er nach Dötreich. Ferner

wurden 400 Etz. pommerische an einen hiesi-

gen Händler umgeliefert. Da die Auswahl in

Pommern noch sehr groß ist und dafür ver-

hältnismäßig viel billigere Preise gefordert

werden als für Mecklenburger, bleiben Letztere

ohne Frage. In Kammwollen bleibt der Ums-

atz unbedeutend und sind Preise gedrückt.

Locken, Schweiswollen und Sterblinge waren

zwischen still. (B.H.)

Hafer p. 50 Pf. alter 26—27 Sgr. neuer

23—24 Sgr. galizischer 22—23 Sgr.

Kocherbsen 50—54 Sgr. Futtererbsen 45—

48 Sgr.

Winterrapss 200—225—240 Sgr. Winter-

rüben 200—218—228 Sgr. Sonnenrüben

185—200—210 Sgr. p. 150 Pf. Brutto.

Rotter Kleesamen 8—13½ R. weißer alter

8—16 R. neuer 14—18 R. hochfeiner dar-

über p. Etz.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80%)

Tralles 17½ R. Etz.

An der Börse. Roggen p. Sept. 44

—½ R. Sept. 45 R. Ottbr. 44½ R. Ottbr. Nov.

43½ R. Nov. Dezbr. 43 R. April-Mai 42

R. Br.

Hafer p. Sept. 19½ R.

Kübel lolo 14½ R. Sept. 14½ R. Sept.

Ottbr. 14½—14½—14 R. Ottbr. Nov. 14

—½ R. Nov. Dezbr. 14 R. Br. April-Mai 13½ R.

(Br. Höhl.)

Magdeburg, 6. Sept. Weizen 70—72

Thlr. Roggen 49—52 Thlr. Gerste 38—41

Thlr. Hafer 25—27 Thlr.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 7. Sept. Brm. 8 Uhr — 4 Zoll.

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —

8. — — — —